

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich 1,30 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Kulturteil 10 Pf. Postabonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Frankreich, Holland, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original 15/16.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern ober deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Verfammlungs-Anzeigen 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf. (zwei bis 2 Zeilen gedruckt), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 14. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Kampf um die Kriegsziele.

Die Polemik der letzten Tage zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der rechtsstehenden Presse hat ganz im Gegensatz zu den Absichten des Kanzlers die Erbitterung und Gereiztheit bei den Gegnern des Kanzlers noch erhöht. Da eine klare Aussprache der eigentlichen, sachlichen Unterschiede gehindert ist, so nahm die Diskussion teilweise krause Formen an, die im In- und Auslande einen gleich merkwürdigen Eindruck machen müssen. In Wirklichkeit weicht der Standpunkt des Kanzlers ja nur wenig von dem seiner bürgerlichen Gegner ab. Aber trotzdem ist es uns durchaus verständlich, daß die in der Sache stark eingegrenzte Polemik gegen den Kanzler so erbitterte Formen angenommen hat, denn nichts erregt so sehr — das erklärt ja auch teilweise die Heftigkeit der inneren Kämpfe innerhalb unserer Partei — tiefgehende Mißstimmung, als die Verschiedenartigkeit der äußeren Bedingungen, unter denen die Gegensätze ausgefochten werden. In der ersten Notiz, in der das Kanzlerblatt die Angriffe auf den Kanzler abzuwehren suchte, wurde die „innere Stärke“ als Forderung des Tages bezeichnet. Aber nichts gefährdet in Wirklichkeit die Einigkeit und das gegenseitige Verständnis mehr als ein von außen ausgeübter Zwang, der bestehende Sachunterschiede unterdrücken will. Wenn die Unterbindung der Kriegszieldiskussion gerade mit Rücksicht auf das Ausland zu begründen versucht worden ist, so kann doch wohl niemand leugnen, daß die jetzige Form der Auseinandersetzungen in Deutschland im Ausland ein viel schiefes und daher gefährlicheres Bild hervorrufen muß, als es bei völlig freier Diskussion geschehen könnte.

Die Heftigkeit, mit der infolge der angebotenen äußeren Bedingungen die Gegensätze zwischen Kanzler und Presse ausgetragen werden, darf indessen nicht darüber täuschen, daß die beiden feindlichen Brüder sich in Wirklichkeit sehr nahe stehen. Kanzler und bürgerliche Parteien fordern beim Friedensschluß „reale Garantien“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ macht dabei nur die Einschränkung, daß die Politik als „Kunst des Möglichen“ sich bei der Aufstellung konkreter Friedensbedingungen von „klaren realpolitischen Erwägungen“ leiten lassen müsse. Der Kanzler schätzt also die gegenwärtige und für den Friedensschluß zu erwartende Situation Deutschlands etwas anders und — wie er behauptet — realpolitischer ein, als seine bürgerlichen Kritiker. Der Kanzler lehnt es ausdrücklich ab, daß er sich bei seiner Politik irgendwie von „sentimentalen“ Gründen bestimmen lasse. Wer die Reden des Kanzlers im Reichstage undoreingenommen geprüft hat, konnte darüber kaum im Zweifel sein.

Nun hat der Kanzler sich aber von neuem auf die in diesen Reden enthaltenen, selbst als „positiv“ bezeichneten Kriegsziele berufen. Am 5. April d. J. führte der Kanzler über seine Kriegsziele aus:

„Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr, die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgegangen, es gibt kein Zurück. Unsere und Oesterreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die politische Frage aufzurollen, das Schicksal der Schichten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harret der Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den Status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschicknissen die Geschichte nicht. Nach dem Kriege wird ein Neues sein, das Polen, auf das der russische Tscharinnist (Polizeibeamte) unter Euphorien und Ausdräuhungen seinen Fuß gesetzt, das der Sozialbrenner und sengend verlassen hat, ist nicht mehr. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen von dem Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des unbeflegten und unbeflegbaren Gegners verlegt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen besetzten Völker zwischen dem Politischen Meer und den Wolynischen Sümpfen wieder dem reaktionären Rußland ausliefern wird, mögen es Polen, Esten, Litauer oder Letten sein? Nein, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere auf die ungeheuren Grenz Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht einmal mit französischem Gelde Deutschland als Einfallort benutzen und in das ungeheure Deutschland einrücken. Und wenn jemand glaubt, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut unseres Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft freigeben werden — wir werden und reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorkriegsgegenstand Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen Status quo ante, auch hier kann Deutschland das lange niedergebaltene slawische Volkstum nicht wieder der Verwelschung preisgeben. ... Und wenn wir über Europa hinaus sehen. ... Unsere Siege auf dem Kontinent werden uns einen kolonialbesitz sichern und der unermüdeten deutschen Unternehmungslust eine neue fruchtbringende Tätigkeit eröffnen.“

In der Notiz der „Norddeutschen“ vom 8. Juli werden diese Kriegsziele in etwas anderer Form umschrieben:

„Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen seiner Majestät des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, lebendiger als je empfinden. Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden

vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 6. April 1916, in denen er früher wiederholt Angekündigtes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftstellung in der Welt saht. Wenn die Einfallstore in das Herz Deutschlands fremdem Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll —, ist das kein großes Ziel?“

Am 10. Juli hat dann der Kanzler weiter durch die „Norddeutsche“ erklärt:

„Jedenfalls hat unser Großmeister der Staatskunst (Bismarck) den Wert seiner Friedensschlüsse niemals allein nach der Größe der Gebietsveränderungen gemessen, deshalb auch niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben getrachtet, sondern Kern und Stern seines Wirkens war immer: Die mache ich am zweckmäßigsten und dauerhaftesten mein deutsches Vaterland einig, stark und zur freien Entwidlung seiner Kräfte unangreifbar. Die Grund- und Richtlinie der Bismarckschen Praxis darf in dem heroischen Verteidigungskampfe um das Herz, das er bald mit Blut und Eisen, bald mit weicher Prägnanz schaffen half, auch gegenüber der Forderung nicht vergehen werden, daß wir aus diesem Kriege stärker hervorgehen, als wir hineingegangen sind.“

Auch darin liegt natürlich nicht eine grundsätzliche Absage an Grenzveränderungen. Der Satz von der „kürzeren Grenze“ im Osten läßt diese Auslegung nicht zu. Die Worte richten sich vielmehr gegen gewisse Wünsche gewisser Kreise für das Kriegsziel im Westen. Auch dort will der Kanzler nicht den Status quo ante (früheren Zustand). Aus den Unterredungen mit Vertrauensmännern, auf die sich der Kanzler in den letzten Tagen berief, sind ja die Pläne des Kanzlers zur Zurückdrängung des englischen Einflusses in Belgien bekannt, und soweit wir davon unterrichtet sind, handelt es sich um ganz „reale Garantien“. Auch ohne offene Annekexionen läßt sich ja das erreichen, was man militärisch und wirtschaftlich zu haben wünscht.

Wenn die rechtsstehenden Politiker trotzdem mit Bethmann Hollweg nicht zufrieden sind, so liegt das nicht in erster Linie daran, daß sie glauben, im Augenblick wesentlich mehr erreichen zu können als der Kanzler auf Grund „realpolitischer Erwägungen“ für „möglich“ hält. Die Kritiker des Kanzlers in der legalen Presse haben es z. B. sämtlich abgelehnt, sich mit den Forderungen der Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände zu identifizieren. Aber sie erklären: Für die Zeit, in der jene Eingabe verfaßt wurde, waren jene Forderungen durchaus verständlich; deshalb habe es keinen Sinn, gegen sie zu polemisieren. Als letztes Ziel seien jene Forderungen auch heute noch brauchbar. Die Kritiker des Kanzlers vermissen gerade bei ihm ein System politischer Ziele, deren Verwirklichung der Zeit und eventuell späteren Kriegen überlassen bleiben mag. Die Beeinflussung der Volkstimmung in der Richtung dieser Ziele scheint jenen Kreisen noch wichtiger als die Verwirklichung dieser Forderungen. Am klarsten hat wohl die „Kreuz-Zeitung“ diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht. So schrieb Professor Goehsich erst am letzten Mittwoch wieder in der Wochenchau dieses konservativen Blattes:

„Wir sehen diesen Zusammenhang zwischen Krieg und Politik, der uns in dieser Phase unseres Existenzkampfes am bittersten noht, in der Haltung und in den Begehungen unserer Regierung nicht, und der Hinweis auf die „Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft“ als den inneren Sinn dieses großen Kampfes sagt heute bereits zu wenig. Diese Aufgabe der unmittelbaren Verteidigung ist seit dem Frühjahr 1915 erfüllt. Seitdem wurde es immer dringender notwendig, die militärische Aktion in den Dienst bestimmter großer politischer Ziele und Pläne zu stellen. Von Monat zu Monat ist die Sorge gewachsen, daß dieser Zusammenhang nicht vorhanden ist, und aus dieser Sorge erklärt sich die Bewegung, die jetzt in verschiedenster Form durch unser Volk hindurchgeht. Ein unererschöpflicher Vorrat an Schwung und Willen ist in unserem Volke auch nach diesen schweren zwei Kriegsjahren noch vorhanden; warum macht ihn sich die Leitung unseres Reiches nicht zunutze in einer Situation, in der die Gegner zum ersten Male mit einseitig geleiteter Kraft gegen uns anstürmen?“

Ob und wie weit die Kritiker des Kanzlers wirklich glauben, durch rücksichtslose Anwendung aller zur Verfügung stehenden Kriegsmittel auch die Verwirklichung ihrer Endforderungen schon jetzt erreichen zu können, muß angesichts der bei der Besprechung dieses Themas innewohlbekanntem Schranken unerörtert bleiben. Jedenfalls ergibt sich aus dem, was über die Stellung des Kanzlers bekannt ist, auch hier die Folgerung, daß sein Standpunkt sich nicht grundsätzlich von dem seiner Kritiker entfernt. Die Regierung hat auch noch in der letzten ihrer Notizen an Amerika sich freie Hand vorbehalten, und ihre frühere Kriegführung zeigt ja zur Genüge, ob es als völlig ausgeschlossen betrachtet werden darf, daß sie in einer besonderen Situation dem Drängen eifriger Heimkrieger nachgibt. (z)

Die Zukunft Polens.

Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben:

„Zu den schwierigen Problemen, welche vor dem Friedensschlusse zu lösen sind, gehört zweifellos die künftige Gestaltung

Polens. Daß die betreffenden Landesteile nicht wieder unter russische Herrschaft gelangen werden, steht nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers im Reichstage zweifellos fest. Aber ihre künftige staatliche Ordnung ist angesichts der beteiligten schwerwiegenden Interessen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns eine überaus schwierige Aufgabe. Mit ihrer Lösung sind die beiderseitigen Regierungen in gemeinsamer bündnisfreundlicher Arbeit beschäftigt. Aber die Verhandlungen schweben noch. Es ist klar, daß ihre befriedigende Beendigung nicht gefördert werden würde, wenn die polnische Frage zum Gegenstande der Verhandlungen in der breitesten Öffentlichkeit gemacht würde, denn die dabei zweifellos zu gewärtigende weitgehende Verschiedenheit der Auffassungen könnte der Verständigung über die Lösung des Problems nur hinderlich sein. Man wird daher sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß unter die Gründe, welche dazu geführt haben, zurzeit nur eine Wiederrückung der Zensur in bezug auf die Erörterung der Kriegsziele, nicht aber eine völlige Freigabe dieser Erörterungen in Aussicht zu stellen, auch die Tatsache fällt, daß die Verhandlungen über die endgültige Ordnung Polens noch nicht zum Abschluß gelangt sind.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu:

„Danach soll also in der polnischen Frage, doch einem sehr wichtigen Teil der Kriegsziele, gerade das Verfahren eingeschlagen werden, das wir als ungewöhnlich beanstandet hatten. Ohne Zählungnahme mit der Öffentlichkeit trifft die Regierung ihre Entscheidung und stellt vollendete Tatsachen her, mit denen sich das deutsche Volk dann abzufinden hat. Denn welchen Sinn und Zweck soll eine Erörterung der Angelegenheit noch haben, wenn sich die deutsche mit der österreichisch-ungarischen Regierung über eine bestimmte Lösung verständigt haben? Diese Methode läuft also auf eine glatte Ausschaltung der öffentlichen Meinung hinaus, deren Mitwirkung bei der Gestaltung der Friedensziele mehr als einmal feierlich zugesagt worden ist.“

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen wir:

Rotterdam, 12. Juli. In einer dem Berliner Vertreter der Heerischen Zeitungsunternehmungen, W. V. Galle, am 4. Juni gewährten Unterredung über die Stellung der Vereinigten Staaten zur Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration durch England hat der Reichskanzler, nach New Yorker Meldungen in englischen Blättern, bemerkt, daß schon zu Beginn des Krieges die Engländer tatsächlich zu erkennen gegeben hätten, daß sie sich überhaupt nicht an die Bestimmungen der Londoner Seerechtsdeklaration binden wollten. Es sei bedauerlich, daß damals die Regierung der Vereinigten Staaten zu erkennen gegeben habe, daß sie es bei dieser Ablehnung Englands benennen lassen wolle. Wären die Vereinigten Staaten damals für die Wahrung der Rechte Neutraler eingetreten, dann wären ihnen die meisten Kränkungen und Verletzungen ihrer Interessen erspart geblieben. Jetzt, wo die Engländer offenkundig jede Rücksicht auf die Rechte neutraler Staaten beiseite gesetzt hätten, würden vielleicht die Augen mancher geöffnet werden. Der Reichskanzler stellte dann die Frage, wie lange wohl die neutralen Staaten die Tyrannenpolizei Englands auf dem Meere dulden wollten. Für den neutralen Handel sei wohl nur noch wenig Hoffnung vorhanden, in diesem Kriege in den Vereinigten Staaten einen Vorkämpfer zu finden. Vielleicht würde aber doch die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von der englischen Vorherrschaft dem Volke der Vereinigten Staaten ein Beispiel für ein kühnes und würdiges Auftreten gegenüber England sein.

Für die Wiederaufnahme des U-Bootkrieges.

Die „Kreuzzeitung“ will sich in der pflichtmäßigen Darlegung ihrer sachlichen Auffassungen über die Politik des Kanzlers in den Kriegs- und Friedensfragen nicht behindern oder einschüchtern lassen. Die konservative Kritik der U-Boot-Politik habe sich nicht auf die Anschauung oder Darstellung gestützt, daß der Kanzler aus sentimentalen Rücksichten die Anwendung der U-Boote im Handelskriege gehindert habe, sondern sie richtete sich gegen eine nach konservativer Auffassung zu weitgehende Verzichtung der Ansprüche Amerikas und seines sich des Niederbogens rühmenden Präsidenten. Daraus es aber in erster Linie ankomme, das seien die Wünsche und Forderungen für die weitere Behandlung der Dinge. „Wir treten“ — so sagt die „Kreuzzeitung“ weiter — „mit der konservativen Fraktion des Reichstages dafür ein, daß die deutsche Regierung hinsichtlich des Handelskrieges der U-Boote von der Freiheit der Entscheidung Gebrauch mache, die sie sich in der Note am 4. Mai vorbehalten hat und die ihr in einer geradezu als Dohn wirkenden Weise durch die Antwort Amerikas und durch die Loslösung unserer Feinde von der Londoner Deklaration tatsächlich eingeräumt ist. Wir erkliden darin ein geeignetes und unentbehrliches Mittel zur beschleunigten siegreichen Beendigung des Krieges. Wir sehen diese Frage aber auch im Zusammenhange mit dem Ziele, von England nicht im Wege einer uns unmöglich scheinenden Verständigung, sondern durch den Zwang der Waffen dasjenige zu erringen, was wir für Deutschlands Zukunft brauchen. Ob wir hinsichtlich dieses und anderer Friedensziele mit dem Kanzler und dem auswärtigen Amt in Meinungsverschiedenheiten sind, wissen wir nicht einmal bestimmt. Wir wünschen darüber größere Klarheit als bisher, die besonders auch durch die neuesten Ereignisse bei der Scheidemannschen Indiskretion und bei Erörterung der Vertrauensfrage geboten ist.“ (z)

Das große Ringen.

Von Richard Gable.

Auch in der Woche vom 8. bis 10. Juli haben auf allen unseren Fronten die schweren und erbitterten Kämpfe fortgedauert. Die gemeinsame gleichzeitige Offensive der Gegner ist — anfangs nicht so glatt und ohne Reibungen, wie es im Kriegsdraht wohl ausgemacht war — immerhin zuletzt in Gang gekommen und wälzt sich nun mit Ungestüm gegen unsere Heere heran. Der ausgeprägtere Zweck dieser großen und umfassenden Angriffsbewegung, vor der die Kriege der napoleonischen Ära verblissen, war es einmal, nach langen Vorbereitungen, überlegene Waffen zusammenzubringen, sodann unsere Heeresleitung an der Ausnutzung der inneren Linie zu verhindern, die uns 1 1/2 Jahre hindurch gestützt hatte, an verschiedenen Fronten abwechselnd unsere Streitkräfte zu überlegenem und wuchtigen Stöße gegen einen der Gegner vorzuziehen.

Dah der Vierverband nach so langer Kriegsdauer noch zur Auffrischung neuer Waffenheere imstande sein würde, kann nicht wunder nehmen. In erster Linie waren zur Aufbringung neuer Heere die Engländer berufen, die bis dahin für die gemeinsame Sache einen unverhältnismäßig geringen Blutzoll entrichtet hatten. Die Durchführung des Dienstzwanges, die allmählich schon vor ihrer gesetzlichen Festlegung eine ziemlich weitgehende geworden war, ermöglichte und nötigte schließlich angesichts der Wehrpflicht der Bundesgenossen, ganz erhebliche Verstärkungen auf das Festland hinüberzuwerfen. In noch höherem Maße haben die Russen die Winter- und Frühjahrsmonate benutzt, um aus dem Vorne ihrer zahllosen Bauernschaft ihre Heere zu ergänzen und zu bereichern. Waffen und Schießbedarf lieferten die Vereinigten Staaten und Japan in reichstem Maße, letzteres auch Offiziere und Mannschaften als Instrukteure.

Selbst Italien ist augenscheinlich in der Lage gewesen, seinem ursprünglich der Volkszahl kaum entsprechenden Heere neuegebildete Truppen in größerem Maßstabe anzugliedern. Nur Frankreich hat aller Wahrscheinlichkeit nach das Beden seiner kriegstüchtigen Mannschaft bis auf die Hefe leeren müssen, um nach allen seinen großen Verlusten die Bundesgenossen noch mit einem Angriffsheer unterstützen zu können. Aber auch sie konnten, wie die Engländer, außerdem noch auf fertige Truppen zurückgreifen.

Wir sind uns also bewußt, daß wir augenblicklich gegen sehr große Zahlen anzukämpfen haben, denen gegenüber wir doppelt auf die überlegene Kriegstüchtigkeit unserer Truppen bauen müssen. Dabei wollen wir ohne weiteres anerkennen, daß auch Franzosen und Russen ihr Bestes hergeben, überall mit Tapferkeit und gelegentlich mit hohen Heldentaten fechten. Alle Berichte stimmen darin überein, daß die feindliche Führung ebenso wenig wie die Truppe mit ihrem Blute geizt; an Entschlossenheit fehlt es ihren Angriffen nicht. Ähnliches wird man immerhin von den Engländern sagen dürfen, bei denen mehr die Gewandtheit und Durchbildung der Truppen als ihr Siegeswille zu fehlen scheint.

Der englisch-französische Angriff in der Picardie hat der russischen Heeresleitung den Anlaß gegeben, ihre eigene große Offensive, die bereits zum Stehen gekommen und teilweise in rückwärtige Bewegung geraten war, mit erneutem Nachdruck wieder aufzunehmen. Damit im Zusammenhang stehen denn auch die mehr gut gemeinten als erfolgreichen Versuche Cadornas, an der italienisch-österreichischen Grenze ebenfalls einen großzügigen Angriff in die Wege zu leiten.

Augenblicklich befinden sich also die Streitkräfte der Mittelmächte im Westen, Osten und im Süden in der Defensive gegenüber heftigen feindlichen Angriffen.

Im Westen haben unsere Gegner auch in den letzten sieben Tagen keine entscheidenden Vorteile zu erringen vermocht; es klingt sehr enttäuscht, wenn sie ihre Volksgenossen schon jetzt auf monatelange Kämpfe vorbereiten, wobei man in aller Gelassenheit fragen darf, wie diese Absicht mit dem Eingeständnis fürchtbarer Verluste zusammenzureimen ist. Ich glaube nicht, daß eine solche Ankündigung für und etwas Schreckhaftes hat. Der linke Flügel der Gegner nördlich und unmittelbar südlich des Ardennes hat von vornherein keine Erfolge errungen. In den letzten Tagen haben die Engländer nördlich des Waldes überhaupt nicht mehr angegriffen, sondern sich auf Beschützung beschränkt. Die Angriffe in der Mitte sind zum Stehen und teilweise zur Rückwärtsbewegung gekommen. Nur südlich der Somme haben die Franzosen am 9. Juli durch Besetzung des Dorfes Biaches, 2 Kilometer westlich Veronne, noch einen Vorteil — den einzigen — errungen. Sie haben hier in neun Tagen einen Raumgewinn von sieben Kilometern erzielt. Das ist der vorwiegendste Punkt ihrer neuen Stellung, die sich südlich steil rückwärts biegt und schon 8 Kilometer südwestlich, bei Estrées, wieder in ihre alte Linie verläuft.

Natürlich aber müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß die Angriffe fortbauern und mit Hilfe neuer Verstärkungen neue große Anstrengungen machen werden.

Unter diesen Umständen ist es immerhin bemerkenswert, daß die Franzosen auch ihre Angriffe östlich der Maas trotz aller Mißerfolge immer wieder erneut haben. Erst am 9. Juli scheinen sie erlahmt zu sein.

Die sonstige Tätigkeit der Gegner im Westen war zwar nicht gering, aber nirgendwo nachdrücklich; sie scheint Täuschung zu beabsichtigen, deutsche Truppen fesseln zu wollen.

Im Osten haben sich die Angriffe der Russen zu beiden Seiten der Bripjettschlänge in den letzten sieben Tagen zu großer Wucht ausgewachsen. Trotz der Energie, mit der starke Streitkräfte nördlich Pinski zu wiederholten Angriffen gegen die Heeresgruppe des Prinzen Leopold vorgehritten sind, wird man doch in ihnen mehr eine Nebenunternehmung erblicken dürfen. Der Hauptnachdruck liegt wohl in Rußlands großer Offensive im Gebiete des unteren Styr zu beiden Seiten von Czortow. Auf den Fortgang der Dinge in diesem großen Raume wird man während der nächsten Tage am meisten gespannt sein dürfen. Die letzte Nachricht des Großen Hauptquartiers lautet dahin, daß der gegen den Stochod vordringende Feind überall abgewiesen sei. Der Stochod ist ein westlich vom Styr verlaufender Nebenfluß des Bripjet, der westlich von Kobel, 40 Kilometer südwestlich Pinski, in den Hauptstrom fällt.

In der Mitte der großen Schlachtlinie, westlich der Styrpa, wie auf dem rechten Flügel, südlich des Dnjestr und längs der Karpaten herrschte in den letzten Tagen verhältnismäßig Ruhe.

In Italien haben die scharfen Angriffe Cadornas an der Monzofront nirgends zu wesentlichen Erfolgen geführt, an der Südtirolgrenze scheint er mit Schärfe vorzugehen. Bisher haben sie auch hier nur so viel Raum gewonnen, daß er noch auf der Hochfläche der „Sieben Gemeinden“, also auf italienischem Boden, südlich der Brenta kämpft. Seine angeblichen Erfolge weiter westlich an dem Nordhang des Poinatales werden von der österreichisch-ungarischen Heeresleitung nachträglich bestritten.

Auf dem Balkan haben am Barbar und am Doiransee wiederholte Feuerkämpfe der beiderseitigen Vortruppen stattgefunden, woraus man noch keine weitergehenden Schlüsse ziehen darf. In Armenien und überhaupt in Asien haben zwar zahlreiche Kämpfe, aber keine Entscheidungen stattgefunden, doch scheinen die Türken in Mittelpersien gegen Hamadan langsam weiter vorzudringen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. An beiden Ufern der Somme verlief die Nacht ruhig. Zwischen Soissons und Reims machten die Franzosen bei kleinen Unternehmungen in der Richtung auf Cernay einige Gefangene. In der Champagne glückten mehrere Handstreich gegen deutsche Schützengräben zwischen Malson de Champagne und

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. Juli 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme gelang es den Engländern, sich in Contalmaison festzusetzen. Das Artilleriefeuer wird mit großer Heftigkeit fortgesetzt. Südlich der Somme haben auch gestern die Franzosen mit ihren Angriffen, die mehrmals beiderseits von Barleux, sowie bei und westlich von Estrées angefaßt wurden, keinen Erfolg gehabt; sie mußten meist schon in unserem Sperrfeuer unter schwersten Blutopfern umkehren. Westlich der Maas war der Artilleriekampf noch lebhaft. Die gewonnenen Infanteriestellungen wurden verbessert.

Die Gefangenenzahl erhöht sich um 17 Offiziere 243 Mann auf 56 Offiziere 2349 Mann.

Bei Frellinghen, am Kanal von La Bassée, an der Höhe La Fille Morté, östlich von Vadonviller und bei Girybach gelangen deutsche Patrouillenunternehmungen.

Nördlich von Soissons wurde ein französischer Doppeldecker in unseren Linien zur Landung gezwungen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Boshmer wurden durch umfassenden Gegenstoß deutscher Truppen bei und nördlich von Dlesza (nordwestlich von Buczacz) eingedrungene Russen zurückgeworfen und dabei über 400 Gefangene gemacht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichtis Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 13. Juli. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina und südlich des Dnjestr bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Westlich und nordwestlich von Buczacz trieb der Feind erneut starke Kräfte zum Angriff gegen die vom General Grafen Boshmer befehligten verbündeten Truppen vor. Während ein Teil seiner Sturmkolonnen bereits vor unseren Hindernissen zusammenbrach, gelang es einem anderen, in ein schmales Stück unserer Stellungen einzudringen. Doch warf auch hier ein ungefümt einschender Gegenstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Reservisten die Russen wieder hinaus, so daß alle Angriffe des Gegners völlig gescheitert sind.

Zahlreiche russische Gefangene.

Am Stochod schlugen unsere Truppen beiderseits der von Sarny nach Kowel führenden Bahn einen Angriff ab.

Sonst nichts von Belang.

Der russische Generalkriegsbericht vom 11. Juli versteigt sich zu der Behauptung, daß die Streitmacht des Generals Brusilow seit dem Beginn der russischen Offensive 266 000 Gefangene eingebracht habe. Obgleich die Unzuverlässigkeit der russischen Berichterstattung längst zur Genüge bekannt ist, sei doch nochmals darauf verwiesen, daß die von den Russen angegebene Gefangenenzahl nahe an die Gesamtstärke jener Truppen unserer Nordostfront heranreicht, die in den vergangenen fünf Wochen im ersten Kampf gefangen waren.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Front zwischen Brenta und Etsch war die Gefechts-tätigkeit gestern wieder lebhafter.

Auf dem Pasubio wurde ein Nachtangriff der Italiener abgewiesen. Im Poinatale unter andauerndem starkem feindlichen Geschützfeuer wiederholte sich die Zahlreiche Patrouillen. Bei diesen Gefechten wurde ein Offizier und 103 Mann gefangen genommen.

Nach äußerst heftiger Artillerievorbereitung griffen gestern nachmittag starke feindliche Kräfte unsere Stellungen im Raume Mt. Rasta - Mt. Interetto nochmals an. Wie in den Vortagen scheiterten auch diesmal alle Angriffe unter den schwersten Verlusten der Italiener.

Auch weiter nördlich waren alle Versuche des Gegners, in unsere Stellungen einzudringen, vollkommen fruchtlos.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegsstabes: v. Haefler, Feldmarschalleutnant.

Galbarte nördlich Bille für Lourde. Am linken Ufer der Maas scheiterten zwei deutsche Angriffe gegen französische Gräben beim „Toten Mann“ völlig im Feuer. Am rechten Ufer gewann ein französischer Gegenangriff heute nacht einen Teil des von den Deutschen gestern im Jumin-Waldchen gewonnenen Geländes wieder. Die Franzosen machten 60 Gefangene, darunter einen Offizier. In Lothringen im Abschnitt von Reillon vertrieben die Franzosen die Deutschen aus einigen Grabenstücken, wo sie Fuß gefaßt hatten.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Von der Front an der Somme ist nichts zu melden. Im Laufe des Tages war auf dem linken Ufer der Maas der Artilleriekampf im Abschnitt „Toter Mann“ ziemlich lebhaft. Auf dem rechten Ufer haben die Deutschen heute früh in Richtung auf Fort Souville einen starken Vorstoß gemacht. Gegen 10 Uhr ist nach gewaltiger Artillerievorbereitung ein starker Angriff von sechs Regimentern aus dem Dorf Fleury und dem Gehölz von Waug und Chapire vorgebrochen. Trotz heftiger Massensürme auf einer verhältnismäßig engen Front gelang es dem Feinde nur um den Preis gewaltiger Verluste an den Zugängen zur Kapelle Saint Pinc und am Kreuzungspunkt der Straße von Fleury und Waug ein wenig Boden zu gewinnen. Die Beschichtung geht in der ganzen Gegend Souville - Chénois und Laufée sehr heftig weiter. In Lothringen wurde ein Angriffsversuch des Feindes östlich von Vadonviller vollkommen abgewiesen.

Die englische Meldung.

London, 12. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht des Generals Haig. Seit Beginn der Schlacht hat der Feind bedeutende Verstärkungen empfangen. Während des gestrigen Tages und der letzten Nacht wurden Angriffe gegen verschiedene Punkte unserer neuen Stellungen unternommen. Anher im Waldchen von

Names und im Waldchen von Trones, in denen die Deutschen einiges Gelände zurückgewannen, wurden alle Angriffe mit Verlusten für den Feind zurückgewiesen. Zwischen dem Hauptschlachtfelde und der See waren wir damit beschäftigt, die feindlichen Stellungen zu beschließen und Ueberfälle auf die Frontlinien zu unternehmen. Bei diesen Ueberfällen wurden mehrere stark besetzte Unterstände erfolgreich mit Bomben beworfen, viele Deutsche getötet und verwundet und einige Gefangene gemacht.

London, 12. Juli. (W. T. B.) Amtlicher englischer Bericht. Gestrige örtliche Gefechts-tätigkeit an verschiedenen Stellen der Front. Im Gehölz von Names gewonnen wir das ganze in der letzten Nacht verlorene Terrain zurück und halten das ganze Gehölz. Wir machten auch einen Fortschritt im Waldchen von Trones. Die große Zahl toter Deutschen in dem Kampfgebiet zeigt, wie teuer ihnen der Angriff zu stehen gekommen ist. In der letzten Nacht brachen zwei starke deutsche Angriffe gegen Contalmaison unter unserem Feuer vollständig zusammen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Amtlicher russischer Bericht von gestern nachmittag. Westfront: Auf der ganzen Front von der Rigaer Küste bis zu den Finster Sämpfen Artillerie- und Infanteriefeuer. — Feindliche Flugzeuge bewarfen den Bahnhof der Stadt Jamine (?) (wahrscheinlich Jadowi, drei Kilometer nordöstlich Stolpo oder auch Samonie, zehn Kilometer südwestlich Stolpo), wo sie einige Häuser in Brand setzten. Am Stochod dauern die heftigen Kämpfe an. — Beim Dorfe Czuczyno nördlich Gulewicz versuchte der Feind von neuem, auf das rechte Ufer überzugehen. Er wurde jedoch zurückgeworfen. Wir machten 24 Offiziere, 745 österreichische und deutsche Soldaten zu Gefangenen. In der Dniepr brachten unsere Zerstörer während ihrer Fahrten im Pottinischen Meerbusen zwei große deutsche Dampfer auf, von denen der eine mit Eisenerzen beladen, der andere unbeladen war. Unsere Torpedoboote schleppten die Dampfer in den Hafen.

Kaukasus: Westlich von der Stadt Erzerum machten unsere Truppen merkwürdige Fortschritte; sie eroberten wiederum eine Reihe feindlicher ausgebauter Stellungen. Einen besonderen Erfolg hatte einer unserer Truppenteile zu verzeichnen, welcher an den denkwürdigen Kämpfen im Januar und Februar beim Sturm auf Erzerum teilnahm. Der Kommandeur dieses Truppenteils, der tapfere Oberst Kwarlowin, wurde getötet. Die Zahl der Gefangenen wächst. In der Zeit vom 2. Juli bis 8. Juli machten wir an der Kaukasusfront 107 türkische Offiziere und 1894 ottomanische Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten drei Geschütze, zehn Maschinengewehre sowie vier Bombenwerfer. Auf dem Rückzuge liegen die Türken viele Waffen und Munition unterwegs liegen.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Amtlicher russischer Bericht von gestern abend. Westfront: Unsere Artillerie zerstreute die Deutschen, welche ihre Artillerie gegen das Werk Nizhnia in Stellung zu bringen versuchten. Im Abschnitt der Weierei Tschersk (?) südlich Kretow griffen die Deutschen, von ihrem Artilleriefeuer kräftig unterstützt, an, sie wurden jedoch durch unseren Gegenangriff zurückgewiesen. — Am Stochod Artilleriekämpfe. In der Gegend des Dorfes Kascwla versuchte der Feind an den Stochod heranzukommen. Er wurde jedoch durch unser Feuer abgewiesen.

Kaukasusfront: Westlich Erzerum haben unsere Truppen, nachdem sie die Türken zurückgedrängt hatten, die Stadt Namadatum im Sturm genommen. Der Feind händete während seines Rückzuges die Stadt an. Wir ergriffen Maßnahmen, um den Brand zu löschen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 12. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. Im Camonicaal, in den Judicarien und im Leberthal übte die feindliche Artillerie ihre Tätigkeit besonders gegen bewohnte Ortschaften aus. In der Gegend der Etsch rückten unsere Truppen gestern ein wenig nördlich von Serravalle und von dem Werke Malga Jugna vor. Auf den nördlichen Abhängen des Pasubio eroberten wir einen Teil der Stellungen des Monte Corno zurück, die wir am 10. Juli geräumt hatten. Im Süden des Pasubio und auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden führten unsere Geschütze und unsere Mörser gestern eine kräftige Beschichtung auf die feindlichen Stellungen vom Monte Interetto bis zum Monte Jebio aus. Zahlreiche feindliche Batterien aller Kaliber erwiderten mit großer Heftigkeit. Im Abschnitt der Tosana riefen wir eine Minenexplosion unter den feindlichen Stellungen östlich vom Col Bois (?) hervor und brachten sie zum Einsturz. An der Monzofront Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie schoß Lager auf den Abhängen des Javorcel in Brand, zerstreute eine feindliche Abteilung im Idriatal und rief Explosionen in der Umgebung der Kirche von Santa Maria (Solmein) hervor.

Feindliche Flieger warfen Bomben auf Lattiana und riefen Brände hervor, die jedoch schnell beseitigt wurden. Unsere Luftgeschwader bombardierten am 10. Juli die Festung Trone in Judicarien. Am 11. bombardierten sie feindliche Lager auf dem Monte Rover nordöstlich von Lafran. Unsere Flieger sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Oesterreichische Meldung über italienische Offiziersverluste.

Wien, 12. Juli. (W. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die Offiziersverluste der Italiener erhöhten sich nach einer verlässlichen Statistik bis zum 2. Juli 1916 auf 6 Generale, 77 Obersten und Oberstleutnants, 125 Majore, 660 Kapitane, 588 Oberleutnants, 2121 Leutnants.

Zur Torpedierung eines russischen Lazarettschiffes.

Berlin, 13. Juli. (W. T. B.) Auf welcher Seite liegt die Völkerrechtsverletzung? Wieder einmal wird von russischer Seite gemeldet, daß ein russisches Hospitalschiff, obgleich es angeblich als solches kenntlich gewesen, im Schwarzen Meer durch ein feindliches Unterseeboot torpediert worden sei. Daß diese Meldung nicht geeignet ist, ohne weiteres Glauben zu finden, ist bei der allgemeinen Unzuverlässigkeit russischer Berichte klar. Auch ist in aller Erinnerung, wie häufig die russischen Militärbehörden die Genfer Flagge mißbraucht haben, wo es galt, einen Vorteil dadurch zu erringen. Selbst russische Sanitätspersonen haben berichtet, daß bei der Flucht aus Ostpreußen unter dem Schutze des Roten Kreuzes mit einigen Verwundeten auch Kanonen, Munition und Soldaten befördert wurden. Nur zu gut ist bekannt, daß die sogenannten russischen Lazarettschiffe im Schwarzen Meer auf dem Wege nach dem Kriegsschauplatz Kriegsmaterial aller Art transportieren. Um ein solches „Lazarettschiff“ mag es sich vielleicht gehandelt haben. Jedenfalls muß eine offizielle Mitteilung von verbündeter Seite abgewartet werden, bevor ein Urteil über diese Torpedierung gefällt werden kann.

Holländische Vorstellungen wegen Torpedierung der „Geertruida“.

Haag, 12. Juli. (W. Z. V.) Das Korrespondenzbureau erzählt, daß die Regierung den niederländischen Gesandten in Berlin angeordnet hat, bei der deutschen Regierung wegen Versenkung des Fischerfahrzeuges „Geertruida“ Sch. 103 durch ein deutsches U-Boot die nötigen Schritte zu tun. Der Gesandte hat diesen Auftrag bereits ausgeführt.

Englische Vorstellungen wegen des Handels-U-Boots.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der britische Geschäftsträger hatte bereits vor der Ankunft der „Deutschland“ in einer Besprechung im Staatsdepartement am 3. Juli den Standpunkt Englands mit Bezug auf Handelsunterwasserfahrzeuge dargelegt, wobei er seinen Äußerungen die Zeitungsmeldungen, daß ein solches Schiff auf dem Wege nach Amerika sei, zugrunde gelegt hatte. Gestern lenkte der Geschäftsträger die Aufmerksamkeit des Staatsdepartements nochmals auf diese Angelegenheit. Auch die französische Botschaft hat sich mit dem Staatsdepartement in der Sache in Verbindung gesetzt. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß solche Schiffe schon durch Gestalt und Bauart, durch welche sie sich den Untersuchungen, denen gewöhnliche Handelsfahrzeuge unterliegen, entziehen können, aus der Klasse der Handelsfahrzeuge auscheiden, und daß U-Boote, da sie offensichtlich nicht im Einklang mit den Erfordernissen der völkerrechtlichen Vorschriften gebaut sind, als außerhalb des Völkerrechts stehend und als feindliche Kriegsschiffe betrachtet werden müssen, die vernichtet werden können, sobald sie in Sicht kommen.

London, 13. Juli. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau läßt sich aus Washington telegraphieren: Die Diplomaten der Entente-Länder hätten Nachricht erhalten, daß die „Deutschland“ von Bremen bis beinahe nach Norfolk in Virginien von neutralen Handelsfahrern, vermutlich norwegischer, dänischer oder holländischer Nationalität begleitet worden sei, die das U-Boot vor Entdeckung gesichert hätten. Ähnliche Berichte seien beim Staatsdepartement eingetroffen. Inzwischen sei beim amerikanischen Konsul in Bremen angefragt worden, warum er nicht Washington vertraulich von der Abreise der „Deutschland“ benachrichtigt habe.

Das U-Boot „Deutschland“ und das Patentrecht.

Berlin, 13. Juli. (W. Z. V.) Nach Mitteilung des Reuterschen Bureaus hat ein Vertreter der Lake Torpedo Boat Co. in Bridgeport (V. St. u. N.-A.) behauptet, Einrichtungen des Handelsbootes „Deutschland“ griffen in Patente der genannten Gesellschaft ein und diese wolle deshalb eine Klage anstrengen. Im Anschluß hieran geben Pressestimmen des feindlichen Auslandes der Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund der angelegten Patentverletzungen eine Beschlagnahme der „Deutschland“ in Amerika erfolgen werde.

Hierzu wird uns von deutscher Seite folgendes geschrieben: Es ist ein im Patentrecht allgemein anerkannter Grundsatz, daß ein Patent in irgendeinem Lande gegen solche Einrichtungen nicht geltend gemacht werden kann, die sich an Bord von Schiffen befinden oder Teile von Schiffen bilden, die nur vorübergehend in das betreffende Land gelangen. Der Sinn dieses Grundsatzes ist der, dem internationalen Verkehr gegen Belästigungen, die mit seinen Bedürfnissen unvereinbar sind, zu schützen. Das deutsche Patentrecht enthält denn auch eine entsprechende Bestimmung im dritten Absatz seines § 6. In der amerikanischen Patent-Rechtsprechung aber ist derselbe Grundsatz, lange bevor es ein deutsches Patentrecht gab, und zwar schon im Jahre 1856, aufgestellt worden und ist seitdem anerkanntes Recht. Hiernach ist es ausgeschlossen, daß der „Deutschland“ auf Grund von amerikanischen Patenten irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden können, insbesondere, daß eine Beschlagnahme des Handelsbootes erfolgt. Im übrigen ist nicht recht ersichtlich, woher der Vertreter der Lake Torpedo Boat Co., wenn er überhaupt die ihm von Reuters in den Mund gelegten Äußerungen getan hat, wissen will, daß die „Deutschland“ Patente seiner Gesellschaft verletzt, da ihm doch die Einzelheiten der Bauart dieses Handelsbootes unmöglich bekannt sein können.

Bei dieser Sachlage erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es sich nur um einen Versuch handelt, mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung der Patentverletzung das alle Welt überraschende Ereignis des deutschen Gewerbescheiters zugunsten der amerikanischen Industrie herabzusetzen.

Pazifismus und Sozialdemokratie

Die Ereignisse der letzten beiden Jahre haben innerhalb der Sozialdemokratie so große geistige Verheerungen angerichtet, daß es nicht weiter wunder nimmt, daß auch die Ansichten mancher Parteigenossen über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Friedensbestrebungen die seltsamste Verwirrung verraten. Kann man es doch erleben, daß Sozialdemokraten von Genossen in führender Stellung, z. B. Reichstagsabgeordneten, als „Pazifisten“ verpöhtet werden, wenn sie die Auffassung vertreten, daß zur Grundlage einer künftigen Regelung der Beziehungen der Völker zueinander ein internationaler Rechtszustand geschaffen werden müsse, der nach Möglichkeit die Anrufung und Entscheidung der Gewalt ausschließe und einer Wiederholung der Völkertragödie vorbeuge, die wir in den letzten Jahren mit Grauen durchlebt haben.

Dagegen, daß man die Vertretung solcher Grundsätze Pazifismus nennt, wäre nichts einzuwenden, wenn nicht die betreffenden sozialistischen Vertreter der Sache damit einen herabsetzenden Epitheton anheften, sie als unsozialistische Utopisterei verächtlich machen zu können glaubten. Es ist deshalb an der Zeit, einmal zu untersuchen, welche Stellung die Sozialdemokratie diesem Pazifismus gegenüber einzunehmen hat.

Richtig ist, daß vor dem Kriege der bürgerlichen Friedensbewegung innerhalb der Sozialdemokratie wenig Beachtung geschenkt wurde. Man betrachtete sie gemeinhin als Ausfluß einer wohlmeinenden Philantropie, die moralisch aller Achtung wert sei, die aber an die ungemein schwierige Lösung der internationalen Probleme mit allzu rosigem Optimismus und allzu geringer politischer Erkenntnis und Energie herantrete. Sie verkenne, daß mit ethischen Begründungen und juristischen Deduktionen sehr wenig gegen jene der Völkerverdrängung und Völkerverföhnung entgegenwirkenden Tendenzen auszurichten sei, die im innersten Wesen des Kapitalismus und Imperialismus enthalten seien und nicht durch verständiges Zureden und noch so schöne theoretische Darlegungen überwunden werden könnten, sondern nur durch gewichtigste politische Maßnahmen. Nicht der Pazifismus vermöge den Frieden zu sichern; sondern dessen mächtigster Hort bilde die moderne proletarische Arbeiterbewegung, die in allen Ländern mit gleichem Nachdruck und gleicher Unbeug-

samkeit die Schürung der nationalen Gegensätze und die imperialistische Politik bekämpfe.

Dieser Standpunkt hatte auch sehr viel für sich. Denn so manche überzeugungstreue und ethisch hochstehende Persönlichkeit der bürgerlichen Pazifisten in seinen Reihen zählen mochte — breite Massen, starke politische Kadres hatte er nicht hinter sich. Und was nützte es, wenn auf Friedenskonferenzen und Kongressen bürgerliche Parlamentarier der verschiedenen Länder mit den schönsten Reden für den Völkerverfrieden, für internationale Schiedsgerichte und Abrüstung eintraten, wenn sie dann unmittelbar darauf Rüstungsausgaben bewilligten und einer kolonialen und imperialistischen Expansionspolitik ihre Unterstützung liehen! Solange die Propaganda für die Völkerverföhnung überwiegend einen solch rein platonischen Charakter trug, vermochte sie zwar wohlarrangierte Demonstrationen zustandezubringen, Resolutionen zu produzieren und internationale Richtlinien auf dem Papier auszuarbeiten, aber keinerlei praktische Wirkung auf den verhängnisvollen Gang der nationalen und internationalen Entwicklung auszuüben.

Indessen: nachdem wir erlebt haben, wie wenig auch die internationale Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit die erste ernsthafte Belastungsprobe aushielt, geizt es ehrlichen Sozialisten nicht mehr, pharisäisch über den rein platonischen und theoretischen Charakter des bürgerlichen Pazifismus den Stab zu brechen. Im Gegenteil verdient anerkannt zu werden, daß sich gerade unter diesen nichtsozialdemokratischen Pazifisten eine immerhin nicht ganz geringe Zahl von ehrlichen Männern gefunden hat, die ihren Idealen auch unter den Stürmen des Weltkrieges treulich und auch unter den schwierigsten Umständen den Gedanken der Völkerverföhnung auf der Grundlage des internationalen Rechts zu propagieren suchten. Ein Grund zu selbstgerechtem und hochmütigem Spott über den „Pazifismus“ liegt also wahrhaftig nicht vor.

Hinzukommt, daß es der Sozialdemokratie ehemals gar nicht eingefallen ist, die von den Pazifisten vertretenen Ideen selbst für utopisch und undurchführbar zu erklären. Alles was vom Pazifismus erstrebt wurde, die Rüstungseinschränkung, internationale Schiedsgerichte, der Ausbau des Völkerrechts, die „Humanisierung“ des Krieges, lag durchaus auf der Linie dessen, was auch die Sozialdemokratie durchzuführen suchte, wenn auch mit anderen, zuverlässigeren Mitteln. Mit Redensarten: der Krieg sei nun einmal ein immanenter Bestandteil des Kapitalismus, und Krieg sei Krieg, der nun einmal mit allen zweckdienlichen Mitteln durchgeführt werden müsse, weicht auch weit hinter das zurück, was die bürgerliche Gesellschaft und ihre fortgeschrittensten Elemente als erstrebenswertes, ja vorübergehend zum Teil sogar verwirklichtes Kulturgut der Menschheit zu sichern sich verpflichtet fühlten. Immer deutlicher zeigt sich — und auch die regierenden Kreise aller Länder scheinen sich immer weniger dieser Einsicht zu verschließen — daß gerade dieser Krieg mit seiner ungeheuren Anspannung aller militärischen und Wirtschaftskräfte, mit seinen unsäglich Opfernden schließlich mit der Anerkennung derjenigen Grundsätze enden dürfte, die von Pazifismus und Sozialismus als notwendiges Entwicklungsstadium des internationalen Staatenlebens gekennzeichnet worden waren.

Statt über eine Verständigung der heute noch einander gerfeindenden Nationen auf der Basis eines neu zu schaffenden internationalen Rechts zu spotten, sollten daher alle Sozialisten ihre Latkraft dafür einsetzen, Vorarbeit für dies erhabene Ziel zu leisten, für ein Ziel, das einzig allen vorwärtsdrängenden Kulturbestrebungen der Menschheit, nicht zuletzt dem Sozialismus, die Möglichkeit fruchtbarster Tätigkeit gemähreleistet.

Neuer holländischer Kriegskredit.

Haag, 13. Juli. (W. Z. V.) In der Zweiten Kammer wurde heute eine Vorlage eingebracht, in welcher ein neuer außerordentlicher Kriegskredit in der Höhe von 75 Millionen Gulden angefordert wird.

Die ungarischen Kriegsfinanzen.

Budapest, 12. Juli. (W. Z. V.) Im Abgeordnetenhaus ergriff im Laufe der Debatte über die Kriegsgewinnsteuer Finanzminister Telecsky das Wort, um Mitteilungen über die bisherigen Kriegsergebnisse zu machen. Der Minister sagte: Der Krieg kostete in den abgelaufenen 23 Monaten dem ungarischen Staate monatlich durchschnittlich 450—470 Millionen Kronen. Diese Summe ist natürlich im Laufe des Krieges gestiegen. Sie war im Anfang kleiner und bewegt sich heute zwischen 500—600 Millionen. Dieses Kriegserfordernis schließt natürlich in erster Linie die Bedürfnisse der Armee in sich; in zweiter Linie die in sehr großem Maßstabe durchgeführte Unterstützung der Familienmitglieder der im Kriege Verbliebenen; drittens die Unterstützung der im Ausland befindlichen Landsleute, was gleichfalls bedeutende Summen ausmacht, ferner die Bedienung des Zinsenerfordernisses der bisher durchgeführten Kreditoperationen und schließlich die Kriegsunterstützung der im öffentlichen Dienste stehenden Angestellten. Was die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Staates betrifft, so haben sich die Einnahmen trotz des Krieges sehr günstig gestaltet, so daß aus ihnen die laufenden Ausgaben, ja sogar die Kriegsunterstützung der Beamten gedeckt werden konnte. Die Kriegsausgaben mußten natürlich durch Kreditoperationen gedeckt werden. Hierzu dienten in erster Linie die vier Kriegsanleihen. Die durch diese Anleihen nicht gedeckten Beträge aber wurden teils durch die einzelnen Finanzinstituten aufgenommenen Kontokorrentanleihen, teils durch Schatzscheine, teils durch Inanspruchnahme der Oesterreichisch-Ungarischen Bank gedeckt. Diese Daten können jedermann davon überzeugen, daß einerseits unsere Kriegsausgaben sehr bedeutend sind, andererseits aber daß, wenn man die sehr bedeutende militärische Kraftentfaltung des Staates in Betracht zieht, sie mit den Kriegsausgaben der übrigen Staaten im Verhältnis stehen, ja daß sie sich gegenüber den Kriegsausgaben der Entente, soweit wir darüber unterrichtet sind, entschieden günstiger stellen, und daß unsere Ausgaben auch im entsprechenden Verhältnis zu den Ausgaben unserer großen Bundesgenossen Deutschland stehen. Diese Angaben können das Gaus überzeugen, daß wir eine sehr bedeutende Steigerung unserer staatlichen Einnahmen in der Zukunft brauchen, um diese Ausgaben ertragen zu können, und daß die Steuervorlagen, welche die Regierung vorlegt und welche wenigstens die Bedienung der Zinsfordernisse der Kriegsanleihen im Rahmen der laufenden Einnahmen bezwecken, unbedingt notwendig sind.

Zur irischen Frage.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Esquith teilte mit, daß die Fragen bezüglich des Wahlrechts und der Eintragung der Wähler, die von dem Kabinett beraten worden seien und für die eine unbestrittene Lösung nicht gefunden sei, an den Ausschuss des Hauses zurückverwiesen würden. Er fügte hinzu, daß die Dauer des gegenwärtigen Parlaments, welche unter gewöhnlichen Umständen am 30. September beendet sein würde, selbstverständlich verlängert werden müsse. Samuel brachte zur Kenntnis, daß der Ausschuss, der die Anklagen gegen die irischen Gefangenen untersucht

hätte, die Freilassung von 400 von ihnen empfehle, weil sie verführt worden seien und schon drei Monate sich in Haft befänden.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Redmond hat in Erwiderung der gestern im Oberhause gehaltenen Rede Lansdownes eine Kundgebung erlassen, in der er sagt, er betrachte die Rede als eine grobe Beleidigung Irlands, sie laufe auf eine Kriegserklärung an das irische Volk und die Unfälligkeit einer Politik der Unterdrückung hinaus. Wenn die Rede die Haltung der Regierung gegen Irland darstelle, so würde es mit allen Hoffnungen auf eine Verständigung zu Ende sein. Redmond sieht in der Rede die wohlüberlegte Absicht, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Eine italienische Kundgebung für die Internationale.

Am 23. Juni fand in Como eine vom sozialistischen Provinzialverband einberufene Versammlung statt, an der zahlreiche lokale Vereine und wirtschaftliche Organisationen teilnahmen, und auf der der Chefredakteur des „Avanti“ Genosse G. D. Serrati einen Bericht über die internationalen Zusammenkünfte von Zimmerwald und Kienthal erstattete. Die Versammlung, die unter außerordentlich starker Beteiligung stattfand, nahm nach befehlerten Beifallskundgebungen für die Ausführungen Serratis folgende Tagesordnung an:

Die Arbeiter von Como bräden, nachdem sie das Referat des Genossen Serrati über die wiederwachsende Bewegung des Proletariats aller Länder nach den Zusammenkünften in Zimmerwald und Kienthal zur Kenntnis genommen haben, ihre Befriedigung darüber aus, daß aus neue die Initiative ergriffen wurde, die zerstückelten Fäden der Arbeiterorganisation zusammen zu knüpfen und sprechen die Erwartung aus, daß die Arbeiterklasse aller Länder, wenn der chauvinistische Kausch verrückt ist, sich wieder auf sich selbst besinnen und sich in den Kampf gegen das politische und ökonomische System der bürgerlichen Gesellschaft zusammenschließen wird.

Eine russische Kundgebung für die Internationale der Arbeit.

Auf dem kürzlich stattgefundenen Kongress der russischen Konsumgenossenschaften, die im Moskauer Verband vereinigt sind, wurde folgende Resolution angenommen:

Von der Ansicht ausgehend, daß die Genossenschaftsbewegung international ist und die Befreiung der Arbeit von jeder Art Ausbeutung zum Endzweck hat, erklärt der Kongress, daß die ideale Arbeit des Moskauer Verbandes der Konsumgenossenschaften diesen grundlegenden Prinzipien der demokratischen Genossenschaft entsprechen und danach streben muß, in der Masse der Genossenschaftler entsprechende Anschauungen über die sozialen Aufgaben der Genossenschaftsbewegung zu verbreiten.

Der Verband, der diese Kundgebung angenommen hat, hat sich in wenigen Jahren zu einer kräftigen wirtschaftlichen Organisation entwickelt, die zusehends an Einfluß und Stärke gewinnt. So ist der Umlauf des Verbandes, der sich im Jahre 1915 auf 48 Millionen Rubel (104 Millionen Mark) belief, im Berichtsjahr allein um 75 Proz. gestiegen. Der proletarische Einschlag ist allerdings in dieser Bewegung noch recht schwach. Es sind vorwiegend kleinbürgerliche Elemente in Stadt und Land, die sich um den Moskauer Verband gruppieren. Um so beachtenswerter erscheint die Bestimmung, die aus der wiedergegebenen Kundgebung spricht.

Sieg des Stahltrusts in Amerika.

Am 20. April begann bekanntlich ein Streik in einem Betriebe der United States Steel Corporation in Pittsburg, der sich schnell auf einen fast allgemeinen Ausbruch der Pittsburger Arbeiter ausweitete, an dem allein in den Betrieben des Stahltrusts etwa 100 000 Arbeiter teilnahmen. Zweck des Streiks war die Erlämpfung des Achtstundentages und angemessene Lohnerböhdungen für die Arbeiter. Die Konjunktur erwies sich für den Streik um so günstiger, als namentlich die Stahlwerke mit Vorkesseln überhäuft sind und der Stahltrust, der allein im letzten Jahre 48 000 Arbeiter neu einstellen mußte, Millionen über Millionen an Kriegslieferungen verdient hat. Auch die Parole des Achtstundentages erwies sich als so zugkräftig, daß viele Tausende von Unorganisierten sich dem Streik anschlossen, der schnell einen imposanten Umfang annahm und auch bei den Arbeitern der anderen Städte lebhaftes Sympathien erweckte. Allein der Terror des Stahltrusts, dem Regierung, Justiz und Presse untertan sind, erstikte die so günstig sich entwickelnde Bewegung der Pittsburger Arbeiter. Nachdem am 2. Mai gemietete Warden auf die streikenden Arbeiter geschossen, drei von ihnen getötet und 60 verwundet hatten, wurde über Pittsburg der Kriegszustand verhängt, unter dessen Schutze der Streik niedergedrückt wurde. Einige Wochen lang hielten sich die Streikenden tapfer, bis die Fahnenflucht der Unorganisierten und der Solidaritätsmangel der großen Arbeiterverbände, so der von Compers geführten Federation of Labor, die den Pittsburger Arbeitern nicht zu Hilfe kam, den ungleichen Kampf zu einer Niederlage führten. Die Arbeiter haben sich schließlich zur Kapitulation gezwungen und nahmen die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder auf. Jetzt herrscht in Pittsburg wieder der Zwölfstundentag bei einer nach amerikanischen Begriffen elenden Entlohnung. Die Stahlmagnaten triumphieren und die ihnen willfährigen Justizbehörden tüften sich zu einem großen Verfahren gegen die verhafteten Führer der Pittsburger Arbeiter, das die große Tragödie dieses Kampfes mit einer elenden Komödie nach dem Willen des Wolochs Kapital abschließen soll.

Amerika und das russisch-japanische Abkommen.

Haag, 13. Juli. (Z. U.) „Central News“ meldet aus Washington: Der Vorkäufer der Vereinigten Staaten in Tokio hat den Auftrag erhalten zu untersuchen, ob das neue russisch-japanische Abkommen den Handel und das Bankwesen Amerikas im fernem Osten und besonders in China benachteiligen werde. Ueber diese Frage sind auf dem Ministerium des Auswärtigen in Washington lange Konferenzen abgehalten worden. („Zeff. Btg.“)

Letzte Nachrichten.

Franreichs Sorgen um den Mannschafserhalt.

Bern, 13. Juli. (W. Z. V.) In der französischen Kammer ist ein Antrag eingebracht worden, wonach alle Beamten und Staatsangestellten, die unter das Rekrutierungsgesetz von 1905 fallen und dem aktiven Soldatenstande, der Reserve und der Landwehr angehören, einer Nachuntersuchung unterzogen werden sollen, um eine möglichst große Anzahl zu mobilisieren. Ebenso sollen alle Zurückstellungen nachgeprüft werden.

Nach „Temps“ wird nunmehr durch Entscheidung des Kriegsministers ein Teil der Jahresklasse 1917, nämlich Infanterie und Minensappeure, zu den zur Ausbildung bestimmten Heeresstellen gesandt. Zur Verübung der Offensivität wird hinzugefügt, daß bis zu einem neuen Befehl kein Mann dieser Jahresklasse in die Erprobungsabteilungen für die Fronttruppen kommt.

Von der französischen Zenitur.

Bern, 13. Juli. (W. Z. V.) Die Zeitung „L'Heure“ ist gestern beschlagnahmt und das Erscheinen für 14 Tage verboten worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Von der Firma S. Sch. wünscht der Hilfsmonteur A. einen Kriegsschein wegen zu geringen Lohnes. Das Verlangen des Hilfsmonteurs wird als berechtigt anerkannt und der Firma aufgegeben, sich mit A. über die Höhe des Mehrerdienstes zu verständigen. Gelingt das nicht, dann wird A. den Kriegsschein erhalten.

Von der Firma L. wünscht der Werkzeugmacher K. einen Kriegsschein. K. kann wegen einer Verletzung, die er sich im Kriege zugezogen hat, die ihm obliegenden Arbeiten nicht verrichten und möchte sich eine Beschäftigung suchen, wo er weniger, besonders mit den Augen anstrengt wird. Das Verlangen wird als berechtigt anerkannt und erhält K. den Kriegsschein.

Von der Firma B. erscheinen die Revolverdreher J. und W. und möchten einen Kriegsschein, da ihnen Abzüge gemacht sind. Die Verhandlungen ergeben, daß der gemachte Abzug auf Grund einer erheblichen technischen Verbesserung erfolgt ist. Da abnehmend der Abzug nicht über den Wert der technischen Verbesserung hinausgeht, wird den beiden Revolverdrehern anheimgegeben, bei dem neuen Preis zunächst zu arbeiten. Sollten sie nicht zurecht kommen, dann soll die Sache nochmals verhandelt werden.

Von der Firma H. u. Co. erscheint eine Kommission für die bei der Firma beschäftigten Schlosser und Dreher, die den Kriegsschein wünschen wegen zu geringen Verdienstes. Es wird festgestellt, daß die Verdienste erheblich über den zurzeit üblichen allgemeinen Verdiensten in dieser Branche stehen, und wird die allgemeine Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt. Lediglich über die Verdienste der an letzter Stelle stehenden Schlosser und Dreher sollen nochmals im Betrieb Verhandlungen stattfinden.

Von der Firma R. u. Co. erscheint der Maschinenarbeiter A. und will einen Kriegsschein, weil er ohne Bezahlung aussetzen mußte und der Lohn ihm auch zu gering ist. Nach kurzer Verhandlung erfolgt eine Verständigung dahin, daß A. den Kriegsschein erhält.

Der Mechaniker M. von der Firma K. u. Sch. will einen Kriegsschein, weil er mit der ihm zugewiesenen Arbeit nicht zurechtkommt. Die Auseinandersetzung führt dahin, daß der Mechaniker eine Lohnherabsetzung bekommt. Sobald die früher von ihm geleistete Arbeit wieder da ist, soll er auf diese weiter beschäftigt werden.

Bei der Firma St. u. Co. in M. will der Wächsmacher A. aufhören. Einen hinreichenden Grund konnte A. jedoch nicht anführen, und war es deshalb nicht angängig, daß A. einen Kriegsschein bekommt.

Von der Firma N. wünscht der Schmied B. einen Kriegsschein wegen zu wenigen Verdienstes. Das Verlangen wird für berechtigt erklärt und erhält B. einen Kriegsschein.

Zur Teuerungszulage im Vergolderberuf.

Am Dienstag berichtete Max in einer Branchenversammlung über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Gegen eine Aufbesserung der Löhne um 15 Proz. hätten sich die Unternehmer mit der Motivierung gewendet, der vermehrte Warenumsatz sowie die Verteuerung der Materialien gestatte ihnen nicht, die Forderung zu bewilligen. Sie erbieten sich dann aber bei einer neuerlichen Besprechung, für die Arbeiter ein Opfer zu bringen und ihre Warenbestände noch zu erweitern. Wenn sie den Arbeitern zuliebe ihre Lager noch mehr füllten, so sei dies ein Opfer, das sie brächten, denn sie stellten ihr Geld in die Ware. Die Arbeiter sollten dann jede Woche 5 Ueberstunden machen, das käme einer Lohnaufbesserung gleich. Als die Arbeitervertreter diese Zumutung rundweg ablehnten, erbaten sich die Unternehmer schließlich zu folgendem Zugeständnis: bis zu 85 M. Wochenlohn 2 M., bis zu 40 M. 1 M., und für die weiblichen Arbeitskräfte 1 M. Zulage. Den letzteren wollten sie zuerst überhaupt nichts geben und bequemten sich erst dazu, als die Arbeitervertreter erklärten, daß die Frauen in den Betrieben vollberechtigte Arbeiter wären.

In der längeren Debatte wiesen sämtliche Redner der Branchenversammlung dieses Angebot glatt zurück. Es wurde als ein hohes Zeichen angesehen der jetzigen Teuerung, zumal die Verhältnisse für die Unternehmer gar nicht schlecht lägen und gesunde Arbeitskräfte kaum zu finden seien. Das sollten sich die Arbeiter zunutze machen und ihren Unternehmern beibringen, daß sie für dieses Geld nicht arbeiten können, noch wollen. Die Versammlung erklärte fernerhin, von weiteren Verhandlungen absehen zu wollen und ihre berechtigten Forderungen zu gegebener Zeit durchzudrücken.

Deutsches Reich.

Die Zittauer Handelskammer zur Textilarbeiterfürsorge.

Die Handelskammer Zittau erläßt eine energische Mahnung an die Firmen, Beiträge für die Textilarbeiterfürsorge zu leisten, indem sie folgendes bekannt gibt: Bedauerlicherweise entzieht sich noch ein erheblicher Teil der Firmen der Pflicht, Beiträge für die Textilarbeiterfürsorge zu leisten. Auf die Anregung eines Mitgliedes des Landesauschusses für die Unterstützung der Textilarbeiter sind daher die unteren Verwaltungsbehörden veranlaßt worden, auf derartige Firmen in dem Sinne einzuwirken, daß sie das bisher Versäumte nachholen. Von der Amtshauptmannschaft Kamenz ist die Handelskammer unter Hinweis hierauf gebeten worden, sich über die Angelegenheit zu äußern, und zwar sich insbesondere darüber auszusprechen, ob bereits diesseits Schritte in der gedachten Richtung unternommen worden seien und zu welchem Ergebnis sie geführt hätten. — In der letzten Sitzung der Zittauer Handelskammer hob der Vizepräsident der Kammer, Kommerzienrat Richter-Großschönau, die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer ausreichenden Fürsorge für die arbeitlosen Textilarbeiter hervor. Welche bedeutenden Einflüsse diese Unterstützung haben müsse, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß allein in Großschönau jetzt 25 000 M. pro Monat an Unterstützungen zu zahlen seien. Schon vor einem Jahre hatten die Textilindustriellen der Oberlausitz bei der Besprechung in Dresden erklärt, sie hielten es für eine besondere Ehrenpflicht, ihren Arbeitern in schwerer Zeit zur Seite zu stehen. Der größte Teil der Oberlausitzer Industriellen habe auch die Unterstützung durchgeführt, wieder habe aber andererseits eine Anzahl nicht mitgetan, zum Teil unter der Angabe, daß sie zahlen werden, sobald die Beitragspflicht obligatorisch sei. Nicht die, die selbst schwach seien, sollten geben, sondern jene, die dazu in der Lage wären. Nicht der Staat allein brauche zu unterstützen, sondern auch die Industriellen wollten helfen. Ihm, dem Referenten, wäre es eine große Freude, wenn die Säumigen endlich den Bestrebungen zur Unterstützung der Textilarbeiter beitreten würden. In einer Sitzung in Dresden sei die Unterstützung auf eine andere Basis gestellt worden. Man habe die Lebensbedürfnisse eines Ehepaares auf 17,20 Mark normiert. Dieser Satz werde jetzt schon im Bezirk der Amtshauptmannschaft Zittau gezahlt. Diese stiehe damit mustergültig da. Viele andere Bezirke hätten es noch nicht so weit gebracht. — Kammermitglied Nömann betonte, man müsse ohne weiteres anerkennen, daß die Weberei große Opfer auf sich genommen habe, und nur mit Freude wäre es zu begrüßen, wenn die noch außenstehenden Firmen zur Beitragsleistung sich entschließen würden. Besser wäre es vielleicht gewesen, wenn man Beiträge in Höhe von 1 oder 1/2 Proz. der Lohnzahlungen von der Gesamtindustrie erhoben hätte. Vizepräsident Richter entgegnete, daß diese Allgemeinbeteiligung der Arbeitgeber viel erörtert worden wäre, daß sie aber trotzdem nicht das Richtige sei. Da der Staat zwei Drittel der Beiträge leiste, müßten ja alle zur Unterstützung der Textilarbeiter beitragen.

Ausland.

Die Forderungen der englischen Eisenbahnarbeiter.

Laut „Labour Leader“ vom 29. Juni ließ der Nationalverband der Eisenbahnarbeiter auf seiner am 23. Juni gehaltenen Jahreskonferenz unter anderem dem Beschluß gut, nach welchem der Verband mit Ubel von dem Inkrafttreten des Wehrpflichtgesetzes Kenntnis genommen habe. Der Verband erklärte sich ferner einstimmig für die sofortige Verlaßnahme der Eisenbahnen unter unmittelbarer Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat. Ein weiterer Beschluß verlangt die materielle Unabhängigkeit Kriegsbeschädigter und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit während der Abrüstung. Um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, wurde die allgemeine Einführung des Achtstundentages, ein Mindestlohn für alle Arbeiter und der Übergang aller Monopole an den Staat angeregt neben der Fortsetzung staatlicher Verwaltung der schon vom Staat kontrollierten oder von Staats wegen eingerichteten Werke.

Den bezeichnendsten Schritt der Konferenz nennt das Blatt den Beschluß, daß der Verband in Zukunft mit den Eisenbahngesellschaften nur als einer geschlossenen Körperschaft verhandeln wolle, statt wie bisher mit jeder einzelnen.

Generalfreist in Spanien.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus Genf: Eine Meldung von der Provinz Madrid besagt, daß nach aus allen Teilen der Provinz eintreffenden Nachrichten der Generalfreist der Eisenbahner gestern begonnen hat. Auch auf Barcelona, Oviiedo und Valencia hat der Streik übergriffen. In Bilbao, wo alle Arbeit ruht, kam es zwischen Streikenden und der Zivilgarde zu einem Zusammenstoß, wobei Schiffe gewechselt wurden. Ein Mann wurde getötet, fünf verwundet. Die Hochöfen von Vizcaya liegen still. Der Generalfreist gewinnt an Ausdehnung.

Außerdem liegen noch folgende Meldungen vor:

Madrid, 12. Juli. (W. T. W.) Habasmeldung. Der Ausstand der Eisenbahner hat im gesamten Bereich der Nordbahngesellschaft begonnen. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet, alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen. Der Ministerrat ist heute vormittag zusammengetreten. Er soll die Aufhebung der verfassungsmäßigen Verfügungen in Aussicht genommen haben.

Bern, 12. Juli. (W. T. W.) Aus Madrid wird gemeldet: Der allgemeine spanische Arbeiterbund schuf einen ständigen Landesausschuß mit der Vollmacht, für alle Arbeiterverbände bindende Beschlüsse zu verkünden. In Barcelona, Oviiedo, Valencia und Madrid machen alle Arbeiter mit den Eisenbahnern gemeinsame Sache. Der Generalfreist begann bereits in Bilbao, wo es zwischen den Ausständigen und der Polizei zu Zusammenstößen kam und Schiffe fielen. Es gab einen Toten und fünf Verletzte.

Bern, 13. Juli. (W. T. W.) Ueber den spanischen Generalfreist berichtet „Tempo“: Die spanische Regierung verhandelte wiederholt mit Vertretern der Arbeiterschaft, die jede Verständigung ablehnten. Die Regierung will auf das energischste gegen Unruhestifter vorgehen. Im allgemeinen erscheint die Lage sehr ungünstig. In Barcelona kam es zu Ausschreitungen ausständiger Arbeiterinnen gegen Arbeitswillige. Auch erfolgten Angriffe gegen Fabriken. Die Garnisonen mehrerer Städte, besonders die von Madrid, wurden verstärkt. In Bilbao ist der Ausstand der Metallarbeiter durch die Gewährung ihrer Forderungen beigelegt.

Madrid, 13. Juli. (W. T. W.) (Reuter.) Infolge des Eisenbahnerstreiks hat die Regierung über Stadt und Provinz Madrid das Kriegsrecht verhängt.

Aus der Partei.

Nochmals: „Uebertroffene Hoffnungen“.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In seiner Nummer 189 vom 12. Juli spricht der „Vorwärts“ in der Notiz: „Uebertroffene Hoffnungen“ sein Bestreben darüber aus, daß ich der Anerkennung, die meinem Buche „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“ in der bürgerlichen Presse vielfach zuteil geworden ist, nicht entgegengetreten sei. Ich habe dazu um so weniger Veranlassung, als die bürgerliche Presse (siehe ich von ausgesprochen reaktionären Organen wie der „Deutschen Tageszeitung“ ab) mein Buch sehr viel objektiver gewürdigt hat und — ungeachtet einzelner Schiefheiten — seine Grundgedanken sehr viel zutreffender wiedergegeben hat als der „Vorwärts“. Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse und im Gegensatz auch zu Duzenden von Parteiblättern hat sich der „Vorwärts“ nämlich darauf beschränkt, seinen Lesern zwei völlig aus ihrem Zusammenhang herausgerissene Stellen aus meinem Buche zu fertieren, ohne auch nur den leisesten Versuch einer sachlichen Widerlegung der Gedankengänge meines Buches zu machen. Sollte ich also wegen der Behandlung der Schrift in der Presse öffentlich Beschwerde erheben, so hätte ich solche Beschwerde keineswegs gegen die bürgerliche Presse, sondern in erster Linie gegen den „Vorwärts“ selbst zu richten.

Konrad Haenisch.

Wir hatten geschrieben: „Erstaunlich bleibt nur, daß der Verfasser (Haenisch) und seine Gefinnungsstreunde dieses „Lob“ als bürgerlichem Munde so ruhig einreden?“ Die Zeilen Haenischs beweisen uns, daß unser Erstaunen unberechtigt war. Wir nehmen daher mit Vergnügen von seiner Feststellung Kenntnis, daß ihm dieses Lob ganz besonders wohl tut.

Literatur.

Die Breslauer Rede des Genossen Scheidemann über „Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg“, die seit einigen Wochen im Mittelpunkt der Kriegziel-Diskussionen steht, ist von der Buchhandlung unseres Breslauer Parteiblattes als Broschüre von zwanzig Seiten Umfang herausgegeben worden. Sie kann vom Verlag der „Volkswacht“, Breslau 3, zum Preise von 10 Pf. (mit Umschlag 20 Pf., Porto 5 Pf.), aber auch durch alle anderen Buchhandlungen bezogen werden.

Aus Industrie und Handel.

Zur Einschränkung der Börsenspekulation.

Der Börsenvorstand hat auf Grund des Beschlusses der Handelskammer vom 8. d. M. die am 26. Juni veröffentlichten Bestimmungen zur Eindämmung der Wertpapierpekulationen während des Krieges in Kraft gesetzt.

Soziales.

Rücktritt von Versicherungsverträgen.

Ueber die schon kurz nach Kriegsausbruch entstandene und seitdem viel erörterte und umstrittene Rechtsfrage, ob die deutschen Versicherten von ihren Versicherungsverträgen mit englischen Gesellschaften wegen der durch den Krieg veränderten Verhältnisse zurücktreten können, ist jetzt endlich Klarheit geschaffen worden. Die einzelnen Gerichte hatten darüber sehr verschieden geurteilt; teilweise war die Frage bejaht, teilweise verneint worden. Das Reichsgericht hat nunmehr am Dienstag endgültig zugunsten der deutschen Versicherten entschieden und deren Rücktrittsrecht bejaht.

Der Ingenieur A. in Berlin und drei andere Personen waren

bei der Commercial Union in Berlin, der Zweigniederlassung einer gleichnamigen englischen Gesellschaft, gegen Feuergefahr versichert. Nach Kriegsausbruch erklärten die Versicherten, daß sie von den Verträgen zurücktraten, weil infolge des Krieges die Verhältnisse, auf deren Fortdauer sie bei Abschluß der Verträge hätten rechnen können, sehr einschneidend geändert worden seien; insbesondere sei durch das Verbot der englischen Regierung vom 9. September 1914 das im Ausland befindliche Hauptvermögen der Commercial Union zur Deckung der deutschen Forderungen nicht mehr verfügbar. Demgegenüber berief sich die Commercial Union darauf, daß ihr in Deutschland befindliches Vermögen zur Deckung ihrer sämtlichen Verbindlichkeiten ausreiche, zu diesem Zwecke sichergestellt sei und der Verfügung des Aufsichtsrats für Privatversicherung unterliege, sie aber außerdem noch am 1. September 1914 mit der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft einen Vertrag geschlossen habe, wonach diese mit ihrem vollen Vermögen für Erfüllung der Verbindlichkeiten der Commercial Union hafte. Mit der vorliegenden Klage verlangt die Commercial Union Feststellung, daß die Verträge mit den vier beklagten Versicherten zu Recht bestehen. — Während das Landgericht III Berlin der Klage stattgab, hat das Kammergericht den Rücktritt der Beklagten für gerechtfertigt erklärt und demgemäß die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus: Durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen sind die Grundlagen der freiwilligen Versicherungsverträge in einschneidender Weise geändert worden. Die Klägerin kann nur noch mit ihrem in Deutschland befindlichen Vermögen für Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Verträgen eintreten. Das ist aber nur ein kleiner Bruchteil des ganzen Vermögens der englischen Hauptgesellschaft, mit dem diese den Versicherten haftete. Zunächst freilich besteht das englische Verbot jeder Zahlung an Deutsche und der Erfüllung der mit Deutschen geschlossenen Verträge nur für die Dauer des Krieges. Ob aber nach Beendigung des Krieges, dessen Dauer nicht bestimmt werden kann, das Verbot geändert werden wird, läßt sich nicht voraussagen. Es ist auch zu befürchten, daß die englische Hauptgesellschaft auch ohne geschlossenes Verbot später ihr außerdeutsches Vermögen zur Erfüllung der deutschen Verträge entziehen wird. Die Klavier, welche sich in den Händen des Aufsichtsrats für Privatversicherung befindet, gewährleistet den deutschen Versicherten nicht eine sofortige Zahlung ihrer Ansprüche. Nach alledem ist die Grundlage des Versicherungsverhältnisses derartig erschüttert und verändert, daß nach Treu und Glauben den Beklagten die Fortsetzung der Verträge nicht zugemutet ist. Darin ändert auch nichts der Vertrag mit der Frankfurter Gesellschaft. Ob diese tatsächlich ausreichende Mittel zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Klägerin sichergestellt hat, erhebt nicht. Jedenfalls haben die Beklagten aus diesem Vertrag keine direkten versicherungsrechtlichen Ansprüche gegen die Frankfurter Gesellschaft.

Das Reichsgericht hat jetzt dieses Urteil bestätigt und die von der Klägerin eingelegte Revision zurückgewiesen. (Aftenzeichen: VII. 66/16.)

Weiterleben bei der Invalidenversicherung.

In den Kreisen der Versicherten wird leider so häufig der Erhaltung der Ansprüche aus der Invalidenversicherung nicht genügend Beachtung entgegengebracht. Insbesondere sind es weibliche Versicherte, die, wenn sie sich verheiraten oder aus einem anderen Grunde aus der Beschäftigung ausscheiden, das Weiterleben von Marken unterlassen. Dadurch können sehr schwerwiegende Nachteile entstehen. Die Erhaltung der Anwartschaft ist dabei verhältnismäßig leicht. Es brauchen innerhalb zweier Jahre nur 20 Marken geklebt und die Karte rechtzeitig, also vor Ablauf von zwei Jahren, umgetauscht werden. Es empfiehlt sich, wenn nicht mehr Marken geklebt werden, allmonatlich eine Marke zu kleben und diese mit einem Sonntagsdatum zu entwerfen. Dadurch schützt sich der Versicherte auf jeden Fall vor Nachteilen. Diese bestehen darin, daß Rente beim Verlust der Anwartschaft nicht gezahlt wird, daß alle bisher geklebten Marken verfallen sind. Diese Marken kommen sonst erst wieder in Anrechnung, wenn von neuem 200 Marken geklebt worden sind, falls das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten, sonst 500 und, falls das 60. Lebensjahr erreicht war, 1000 Marken. Die Nachteile sind also ganz enorm, während die Erhaltung der Ansprüche nur mit ganz geringen Opfern verbunden ist. Nachstehender Fall zeigt, wie wichtig das hinreichende Kleben ist.

Der von einer Kleinmachefrau erhobene Anspruch auf Gewährung der Invalidenrente wurde von der Landesversicherungsanstalt Berlin abgewiesen, weil die Frau nicht die Wartekarte erfüllt hatte. Es waren 676 Marken geklebt, die Landesversicherungsanstalt brachte aber nur 31 in Anrechnung, da nach ihrer Annahme in der Zeit vom 5. Januar 1909 bis 5. Januar 1911 nur 18 Marken (also 2 zu wenig) geklebt waren. Die Invalidität der F. wurde seit dem 6. Oktober 1912 angenommen. Die F. gab an, im Jahre 1910 bei einer Firma in Groß-Weikersdorf während vier Wochen gearbeitet zu haben, während dieser Zeit seien aber Marken nicht geklebt worden. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg lehnte ab, für diese Zeit nachträglich die Marken einzuziehen, da nach § 29 der Reichsversicherungsordnung Verjährung eingetreten war. Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin wies die Berufung gegen den ablehnenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt zurück. Vom Reichsversicherungsamt wurde der Revision stattgegeben und die Sache zur anderweitigen Freistellung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Oberversicherungsamt hatte den Inhalt der Karte 13, die am 5. Januar 1911 ausgestellt und am 30. Dezember 1912 mit 21 Beitragskarten, die sämtlich Entwertungstage aus dem Jahre 1911 tragen, übersehen. Auf Grund der Erklärung der Vertreter der F. im Berufungsverfahren wurde angenommen, daß auf Karte 13 etwa 8 bis 10 Beitragsmarken mit dem ausgesprochenen Zweck, für die zurückliegende Zeit verwendet zu sein, geklebt waren. Auch die Rüge der Revisionsschrift: Verlangen des Einholens der Pflichtbeiträge vom Arbeitgeber in Groß-Weikersdorf, wurde als erheblich erklärt. Bei Beibringung dieser Marken, die die F. eventuell selbst kleben wollte, wäre erst die Notwendigkeit der Prüfung über rechtmäßige Vererbung der Marken gegeben gewesen.

Auf Grund dieser Rügen verurteilte nunmehr das Oberversicherungsamt die Landesversicherungsanstalt Berlin zur Zahlung der Invalidenrente ab 6. Oktober 1912. Die Klägerin erhält also für mehr denn 3 1/2 Jahre die Rente nachgezahlt.

Der Kaffeehausplauderer.

Der Vertreter einer neuartigen Berufsart stellte sich dem Berliner Kaufmannsgericht vor.

Herr Theo K., ein stattlicher Fünfsziger, ein Mann, der viel erlebt und viel erfahren, war von einem großen Berliner Kaffeehaus als der geeignete Herr für den Posten des „Plauderers“ auszuwählen worden. Der Kaffeehausbesitzer will aber mit dem neuen Plauderer sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Wie erörtert in der vor der 3. Kammer stattgefundenen Verhandlung ausführte, war K. ein „großer Schwärmer“, und für einen angehenden Plauderer sei eben Reden Gold und Schweigen Silber. Werwunderswürdig habe K., wenn der Chef mit ihm Auseinandersetzungen hatte, großartig reden können. Ihm, dem Chef, konnte er alles Mögliche erzählen. Mit komischer Empfindlichkeit bemerkte der „Kaffeehausbesitzer“ dem an unrechter Stelle redseligen Erzähler 199 M. Restgehalt zu. Wegen des mangelhaften Erzählertalents hätte der Besagte kündigen können, aber zur sofortigen Entlassung reichte dieses pöhlische Gebotchen nicht aus.

Noch einmal: Ende und Glück.

Von Dr. Paul Lenz.

Die Anzeige meines neuen Buches: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“ durch den „Vorwärts“ vom 2. und 4. Juli nötigt mich zu einer Erwiderung, um deren Aufnahme ich hiermit ergebenst bitte. Es sind nicht die persönlichen Anzettelungen, die mich zu diesem Schritte veranlassen. In dieser Beziehung bin ich unempfindlich und ich gestehe gern, daß die beiden „Vorwärts“-Artikel, was ihre Tonart angeht, sich beinahe wohlthuend abheben von der unwürdigen, um nicht zu sagen nichtswürdigen Manier, mit der Friedrich Stampfer, der bekannte Vorführer eines lauwarmen Revisionismus, mein Buch heruntergerissen hat. Um so mehr freilich muß ich gegen die sachliche „Widerlegung“ meiner Schrift durch den „Vorwärts“ Einspruch erheben.

Da ist es nun bemerkenswert, daß die Genossen auf beiden Flügeln der Partei, auf dem radikalen wie auf dem revisionistischen, soweit sie durch den Krieg nichts gelernt haben, bei aller sonstigen Verschiedenheit der Anschauungen sich einmütig gegen mich und meine Schrift wenden. Beide erblicken in dem Weltkrieg eine unersprechliche Unterbrechung der altbewährten Sozialpolitik und beide sind entschlossen, nach Beendigung dieser Unterbrechung wieder unentwegt wie die tibetanischen Lamas ihre alten Gebetsmühlen zu drehen mit dem düsteren Gemurmel: Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben! Beide bilden mit dem Gefühl unfagbarer Ueberlegenheit aufeinander herab und dabei gehören sie beide zusammen wie Pol und Gegenpol derselben politischen Einseitigkeit. Mein Buch dagegen wendet sich an die große Masse derjenigen Parteigenossen, denen der Krieg das größte Erlebnis ihres Daseins ist und die bereit und imstande sind, aus diesem Erleben auch ein Erlernen zu machen. Es hat also weder mit dem alten Radikalismus noch mit dem alten Revisionismus des Vor-August irgend etwas zu tun, die ich beide übrigens schon jahrelang vor dem Kriege bekämpft habe, sondern es macht den Anspruch, denen, die einen guten Willen haben, etwas wirklich Neues zu bieten. Mein Buch stellt den ersten Versuch dar, über den 4. August hinaus zu führen, während alle bisherigen Schriften entweder ins alte „radikale“ Lager wieder zurückführen wollten, also im geschichtlichen Sinne direkt reaktionär waren oder aber mit ihrer bloßen Rechtfertigung des 4. August das totum, was man beim Militär: „auf der Stelle treten“ nennt. Alles ist in Bewegung, aber nichts kommt vom Fled.

Dabei versteht es sich, daß ich meine politischen Anschauungen auf Grundlage jener Betrachtungsweise gebildet habe, die ich von meinen großen Lehrern Marx und Engels allerdings gelernt zu haben glaube. Es stimmt daher nicht, wenn der „Vorwärts“ schreibt, ich hätte alles preisgegeben, was ich vorher vertreten hätte, und ich bemühte mich, einen völlig „unsozialistischen Sozialimperialismus“ für das legitime Kind des Marxismus auszugeben. Auch hier kann der „Vorwärts“ im Freundesarm von Friedrich Stampfer ausruhen, der das Gleiche mit fast den gleichen Worten sagt, und auch die „Münchener Post“ sowie die „Dresdener Volkszeitung“, die beide plötzlich entdecken, ich sei immer nur ein Scheinmarxist oder ein „Marxist“ (in Gänjesüßchen) gewesen, stimmen begeistert zu. Hier läßt sich der „Vorwärts“ an politischer Einsicht sogar von einem bürgerlichen Blatte übertreffen, wie der „Frankfurter Zeitung“, die mein Buch gerade deshalb für sehr interessant und sehr lesenswert erklärt, weil es ein klares Bild von der Auffassung eines Mannes gibt, „der den Marxismus beherrscht wie wenige“. Und auch in der Parteipresse, und zwar von einer Seite, von der mich dieses trennt und die auch viele kritische Vorbehalte macht, ist rund heraus erklärt worden, daß mein Buch „mehr

prinzipiell und mehr marxistisch ist als irgendein anderes Parteierzeugnis der Kriegszeit“. Das Zitat aus der bürgerlichen Presse würde ich nicht anführen, wenn nicht die wiederholten Zitate aus der bürgerlichen Presse durch den „Vorwärts“, die er so liebt, wenn er sie gegen mich ins Feld führen kann, den Beweis erbrächten, wie hoch der „Vorwärts“ die Schlagkraft bürgerlicher Preßstimmen einschätzt.

Bei dieser Gelegenheit sei noch einer anderen schnatternden Ente des „Vorwärts“ der Hals umgedreht. Er schreibt, ich hätte zur Fraktionsklärung am 4. August einen „patriotischen Dithyrambus“ angestimmt, der Haenisch vor Neid über solche Hochspannung der Gefühle erlassen lassen könnte. Zunächst sei konstatiert, daß hier augenscheinlich ein Schreibfehler des „Vorwärts“ vorliegt. Nicht Haenisch, sondern Stadthagen sollte es sicherlich heißen. Sodann aber wird diese Fraktionsklärung von mir eingehend und scharf kritisiert und ihre Mangelhaftigkeit nachgewiesen; es lag also für mich kein Anlaß zu patriotischer Verzückung vor. Der „Vorwärts“ hat offenbar die ganze Stelle nicht verstanden. Ich rede dort überhaupt nicht von meinen Privatgefühlen, sondern von dem Eindruck, den die Fraktionsklärung in der großen Öffentlichkeit machte. Diese Stelle meines Buches hat auf andere Kritiker einen direkt entgegengesetzten Eindruck gemacht, wie auf den „Vorwärts“. So schreibt beispielsweise die „Chemnitzer Volksstimme“ über die gleiche Passage:

Auch Lenz führt diese Stimmung des Kriegsbegins, des „Deutschland, Deutschland über alles!“ an, aber nicht begeistert und hingerrissen wie Konrad Haenisch, sondern mit einem molanten Lächeln um die Lippen.

Und allgemein nennt sie gegenüber der gefühlswarmen Schrift des Genossen Haenisch mein Buch kalt und scharfsinnig. Der „Vorwärts“ aber hat aus allerdings sehr begreiflichen Gründen die Absicht, mich als einen sentimental gewordenen Surrealist zu hinstellen, der nach berühmtem Muster zum Sedanfest auf Generalkommando läuft, um dort tränenden Auges voll gekränkter Entrüstung festzustellen, daß er doch alles getan habe, um die „patriotische Begeisterung zu beleben“. Allein, derartige Patrioten stehen bekanntlich dem „Vorwärts“ und seiner Redaktion sehr viel näher, als ich es zu tun mich rühmen kann.

Und hiermit komme ich zum Kern der Sache. Es beliebt dem „Vorwärts“, die Sache so darzustellen, als ob die Hindenburgischen Siege der Anlaß dessen gewesen seien, was er den „Fall Lenz“ nennt. Eine kurze Erinnerung an die Tatsachen dürfte diese Legende in ihr Nichts auflösen. Als die deutschen Heere im Westen siegten, standen die Russen in Ostpreußen, und als Hindenburg sie im Osten schlug, erlebten wir im Westen den Rückzug von der Marne. Daß die Russen inzwischen fast ganz Kaliningrad besetzt hatten, sei nur nebenbei erwähnt. Als ich zum ersten Male in der Fraktion die Kredite bewilligte, standen die Dinge, wie ein Fraktionsredner ausführte, militärisch für uns fast verzweifelt. Unmöglich konnte ich also, wie der „Vorwärts“ mir unterschiebt, mit einem „restlosen Triumph des deutschen Imperialismus“ rechnen, und aus diesem Grunde, „um nicht den rechtzeitigen Anschluß zu verpassen“, den Krediten zustimmen. Die Vorgänge auf den Kriegshauptplätzen haben keinen Einfluß auf meine politische Neuorientierung gehabt und konnten sie nicht haben. Wohl aber der Zusammenbruch der Internationalen. Sie wurde für mich die schlechthin entscheidende Tatsache. Das Wort, das mir der „Vorwärts“ jetzt feilsamerweise vorhalten zu können glaubt: mit der Bewilligung der Kriegskredite hat man die Eingeweide der Internationalen auf den Tisch gelegt, habe ich nicht bloß, wie die bekannte geschwätzige Elster aus Steglitz verbreitet hat und wie der „Vorwärts“ ihr nachschwätzt, „später“ gesagt, sondern bereits in meiner Fraktionsrede am 3. August. Dieses Wort halte ich heute noch aufrecht. Freilich hat sich inzwischen herausgestellt, daß das Gedärm der Internationalen, um mit Goethe zu reden, nur ein leerer Darm voll Furcht und Hoffnung, das Gott

erbarm! war. Für mich waren allerdings die sozialistischen Kreditbewilliger diesseits wie jenseits der deutschen Grenzen in gleicher Verbammnis, und mich empörte die Haltung des „Vorwärts“, der zugunsten der französischen Kreditbewilliger die fadenscheinigsten Entschuldigungen heranschleppte, ebenso wie die Haltung von Franz Mehring und Rosa Luxemburg, die im Dezember 1914 unter Fußtritten gegen die deutschen Kreditbewilliger, den englischen Kreditbewilligern ihre verzückte Bewunderung ehrsüchtigvoll zu Füßen legten. Allein hierbei blieb ich nicht stehen. Ich forschte nach dem Grunde des Zusammenbruchs der Internationalen. Weit entfernt, ihn in der persönlichen Mangelhaftigkeit der an der Spitze der sozialistischen Parteien stehenden Führer zu erblicken, glaubte ich, ihn in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Länder suchen zu müssen, und fand ihn schließlich in der geschichtlichen Ausnahmestellung Englands. Ich untersuchte weiter, ob Aufrechterhaltung oder Sturz dieser Ausnahmestellung in der Linie des geschichtlichen Fortschritts und im Interesse des internationalen Sozialismus liege, und das Ergebnis, zu dem ich kam, war, daß ihr Sturz seinem Interesse entspreche. Damit wurde meine Haltung nicht, wie der „Vorwärts“ behauptet, ein einziger Widerspruch, sondern umgekehrt eine einzige logische Kette und zwar schon aus den Jahren 1911 und 1912 her, wo ich fast gegen die gesamte Partei den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung als utopisch und unsozialistisch bekämpfte und auf dem Chemnitzer Parteitag bereits nachwies, daß die Befestigung der englischen Welt Herrschaft im Interesse des Sozialismus liege. Der „Vorwärts“ freilich bekümmerte sich um diese Debatten nicht, wie er überhaupt die theoretische Vertiefung seiner Leser, gerade was die Fragen des Imperialismus anging, nahezu systematisch betrieb. Er schickte damals den waffengewaltigen Ledebour mit Pfeil und Bogen gegen mich aus, aber bald erklärte in einer Sitzung der Reichstagsfraktion der damalige Vorsitzende, über Abrüstung wollten wir lieber nicht mehr reden. Als ich damals den englischen Abrüstungsvorschlag zur See als ein listiges Mittel der englischen Bourgeoisie hinstellte, um die englische Welt Herrschaft zu bereinigen, da nannte man mich einen „Anarchosyndikalisten“, und gestraubten Haars schlug sich der „Vorwärts“ nach rechts in die Büsche. Heute sagt er von fast den gleichen Ausführungen: man glaube einen Plottenvereinler sprechen zu hören. Wer hat da nun umgelernt?

Der „Fall Lenz“ besteht also darin, daß ich nicht wie der „Vorwärts“ und seine Nachläufer mit den häßlichen eines trotigen Kindes auf der granitenen Tatsache des 4. August herumtrömmle unter dem wütenden Geschrei: Das gilt nicht! das gilt nicht!, sondern daß ich mich bemühe, diese Tatsache politisch und vor allen Dingen geschichtlich zu verstehen. Sie rückgängig machen zu wollen und als großes „internationales Mißverständnis“ hinzustellen, worauf die Bemühungen der Minderheit im Grunde hinauslaufen, lehne ich als eine ausgesuchte Kinderlei ab.

Als die Maschine aufkam, versuchten die ruinierten Kleinbürger, sie zu zerbrechen. Es hat ihnen nichts genützt, obwohl sie auch damals jämmerlich schrien, daß die Welt nur vorwärts komme, wenn sie wieder rückwärts gehe.

Hierzu schreibt Genosse Stadthagen: Unverständlich ist, wie Genosse Lenz die von der Sache, um die es sich dreht, ablenkende Behauptung aufstellen kann, ich hätte zur Fraktionsklärung einen „patriotischen Dithyrambus“ angestimmt. Denn er weiß, daß seine Behauptung mit der Wahrheit unvereinbar ist. In der Fraktionsklärung vom 3. August 1914 wurde mir durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten. Ich konnte lediglich zur Geschäftsordnung erklären, daß ich und, wie ich glaubte, eine größere Anzahl Fraktionskollegen im Verfolg der Debatten auf

Stephan.

II.*

Die Nacht war kühl und unruhig. Ständiges Gewehrfeuer. Durchposten konnten nicht gestellt werden, weil es äußerst gefährlich war, den Grabenrand zu übersteigen. Die Russen erwarteten offenbar unseren Angriff. Der Graben war vollständig roh und ohne jede Verbindung nach hinten, außer dem Telefon. Es hieß Vorsicht, Panje hat Scharfschützen. Der Morgen war feucht und kalt, die Glieder vom Stehen im Graben und vom Niederhocken steif und verschmolzen; die Dämmerung brach herein, ehe die Ablösung kam, also vor Nacht nicht an Essenholen oder Ablösung zu denken. Man tröstet sich mit der Aussicht auf den Sturm, der um 10 Uhr beginnen soll.

Ein kühler Wind weht durch den Hafer; schlecht geschlafen, schlecht genährt, friert man. Liegen bis 12 Uhr nachts. Alles ruhig, also 2 Mann von jeder Gruppe Essen holen. Wir hatten auf Ablösung gerechnet und machen uns nun auf einen weiteren Tag gefaßt. Ein Schloß Essen und ein halbes Brot reicht für den ersten Hunger.

Der Tag wird heiß und der Magen knurrt. Nach Dunkelwerden rücken wir endlich in den Refugien und bleiben dort zwei Tage. Hier konnte man sich wenigstens seitwärts in die Büsche schlagen. Wir suchten uns Kartoffeln, ein kleines Hühnchen wurde mit raschem Schuss „gekauft“, dann ging's in ein Panjehaus zum Kochen. Panje beachte (beharste) uns mit wohlgezielten Schrapnells, weil er den biden Rauch aufsteigen sah, aber wir liehen uns nicht hören im friedlichen Werk der Sättigung.

In der folgenden Nacht rücken wir ab und kamen in Quartiere — in ein richtiges Haus mit drei Stodwerken und einem großen Saal. Man konnte es wegen des aufgehäuften Dredes für eine Filiale der Berliner Müllverwertungsgesellschaft halten. Sofort ging es natürlich an ein Austräumen des ärgsten Dredes. Nicht einmal Besen waren in diesem ausgeräumten Kulturbau, ausgeräumt bis auf den Dred. Aber der deutsche Soldat ist erfinderisch, auch im Besenbinden. Besonders Stephan schien die Beschäftigung des Besenbindens geübt zu haben. Wohl die einzige, die er überhaupt ausgeübt hatte.

Stephan, Du hast ja Dein Licht unter den Scheffel gestellt. Du sagst, Du bist Penner, Du bist der beste Besenbinder, den es gibt.

„Ah, is nich so! Was is guter Kunde, is immer dankbar für Aufnahme und bringt gute Besen mit.“

O, du guter alter Leffing, wie wahr sprachst du durch Rathans Mund: „Der wahre Bettler ist doch einzig und allein der wahre König!“

Stephan zieht als Bettler durch die Lande, nimmt aus der Hülle der Natur, wo alles einzig nur für ihn gemacht scheint, und formt aus Reifern Gollgefchenke.

Weil ich beim Portionenempfang nicht zugegen war, hatte mir mein Korporalschaftsführer noch eine kleine Extraportion beschafft. Eine große offene Halle hatte ich zu säubern. Mit Löwenmut und einem großen Wackelbrotstrauch räumte ich als deutscher Pionier mit der russischen Untkultur auf. Blutiges Verbandzeug, liegende Patronen, alte Stiefeln, Weinsflaschen, Mittagreste und aller möglicher Kram türmte sich zu einem großen Haufen, den ich hinausjagte und vergrub.

Unterdessen war die große Kiste mit Eisernen Kreuzen gekommen. Schwarz-weiße Bänder blinkten in den Anopflöchern. Wenn mich je ein Kreuz gefreut hat, so war es das „Erster“ auf der Brust unseres Kompagnieführers, eines Leutnants. Ich weiß nicht, ob er Heldentaten vollbracht hat, wie sie in Büchern erträumt werden, aber im Gefecht war er, trotz seiner Jugend, ein Vater der Kompagnie. Selbst unerfahren und kaltblütig bis zur Unvorsichtigkeit, war sein Augenmerk stets auf Schonung seiner Leute gerichtet. Nie verließ ihn die Ruhe.

Am 26. Juli hatten wir zwei hintereinander liegende Stellungen zu nehmen. Als wir den ersten Graben hatten, machten wir halt. Ruhig, Kinder, erst wollen wir mal frühstücken. Unser Artillerie sorgt schon dafür, daß Panje nicht wegläuft.

Am dem Tage machten wir 800 Besangene. Das war ein Tag von vielen, und jeder fand ihn auf seinem Platze, Eisen und Blei tanzten hundertfach an ihm vorbei.

„Ranu, Stephan, kein Kreuz?“
„Wozu? Das soll ich mit Kreuz auf Landstraße?“
„Wird denn nach dem Krieg weitergetipelt?“
„Warum nich. Bin ja nich aus Übung gekommen.“

Zwei Tage lagen wir im roten Haus, nachts ging's nach vorn, einen Verbindungsgraben schuppen. Eben zurückgekommen: Fertigmachen! Umbängen! Marsch! Noch vor Tagesanbruch fanden wir im zweiten Graben und schnallten Sturmgepäck. Um 5 Uhr begann die Artillerie. Um 7 Uhr zogen wir den Laufgraben hoch an die erste Linie. 8 Uhr 12 Minuten Sturm. Plötzliche Stille! Neugierig kamen einige Köpfe über den Grabenrand.

„Verdammt A...! Wo ist der wohl Eure Köpfe in den Sand stecken! Panje soll uns wohl erst wegfriegen!“ schrie Leutnant Dr. Pünktlich trotz der Quittung von drüben ein. Ein Hagel Schrapnells und Granaten sauste in unsere dichtgedrängten Reihen. Sanitäter... Pioniere drängten an uns vorbei nach vorn. Ein neuer Eisenhagel. „Sanitäter!“ brüllte es von mehreren Stellen. Endlich los! Nach rechts auszuweichen! Erhöhung! Ueber den flachen Wiesenrand vorwärts mit hastigem Schritt. Verwundete von der ersten Linie hinkten uns entgegen, mit dem Wächeln der Erlichten. „Panje ist getürmt!“ Ran an den Bahndamm! Still liegen! In die Schienen war ein Graben eingebaut, feste Gemehre mit Zielfernrohren. Ich kroch auf die andere Seite. Augen blickten von links herüber. Auf dem jenseitigen Abhang des Bahndammes waren Unterstände eingebaut. In einem Unterstand lag ein Russe, verwundet im Schenkel, zähneklappend.
„Chlebs, Panje?“
„Na Sch! Kiema Panje!“

Es war ein junger, starker Mensch. Ich band ihm ein Tuch an sein Bajonett, damit er aus dem Unterstand herauswinken könne, wenn die Sanitäter kommen. Brot und Tabak hatte er nicht, sein Sad war ihm verloren gegangen.

Nach halblinks mit zehn Schritt Abstand schwärmen!

Weiter ging's in behaglicher Ruhe in den blühenden, summen den Julitag, über Felder und Wiesen wohl vier Kilometer ungebündert vorwärts. Ein Volk Rebhühner ging vor uns hoch — zwei-, dreimal. Immer dieselben. Ich hatte eine wahrstimmige Lust, mir einen Braten zu erlegen. Wenn ich meines Schusses sicher gewesen wäre, hätte ich geschossen. Aber: so'n Gewehr ist ein eigen Ding, die Kugel so winzig klein — 6 Millimeter — und der Lustraum so unendlich groß.

Durch ein Birkengehölz, das zu einem Hindernis umgewandelt worden war; die jungen, kaum armstarken Birken niedergeschlagen. Ruhlos! Darüber hinweg. Am Rande einer Schonung war befohlenes Hall. Einbuddeln! Raum hatten wir aber unser Loch fertig, da piffen die Kugeln von halbrechts fast hinter uns in unsere Platte. Nach rechts Deckung schaffen! Raum war der Befehl gegeben, so sahen wir 800 Meter vor uns Russen vorgehen. In Wellen. Feuer! Geschützfeuer! Den Spaten hingeschmissen. Nach vorn gefeuert. Und von rechts tanzen einem die zwischenden Vögel um den Schädel. Ein helles „Ping“. Feuer spricht mir um die Augen, und es klingt in den schon halbtauben Ohren hell auf. „Was ist denn das?“ Der Unteroffizier neben mir und ich wir sehen uns verduht an. „Ah Quatsch! Los! Weiter!“ Da sind die Kerle, 400 Meter. „Feuer!“ Schon sieht man hier und da einen Kopf über stürzen, die Maschinengewehre rassel!

„Du, ich kann nicht schießen,“ ruft mir mein Unteroffizier zu, „mein Gewehr ist doch kaputt geschossen.“

„Meines auch,“ ruft der kleine A. „So'ne Schweinerei!“ Wir lachen nervös. Ritten ins Lachen hinein heult der kleine A. wahrstimmig und schreit. Kopfschuh! Ich schieße nach einem Kerl, der sich einbuddelt — fünf — sechs — sieben Schuß — der Kerl buddelt weiter! In seiner Nähe sehe ich die Spritzer aufstauen.

„Du, siehst Du den Kerl da vorn buddeln?“

„Wo?“

„Da rechts vom kleinen Strauch!“

„Ah, da! Jawohl, 400 Meter, was? Aufficken! Los! Einer beobachtet, der andere schießt!“

Wir schießen auf den flüchtig auftauchenden Buddler. Wohl fünfzehn Schuß. Ich glaube, wenn der Kerl es aushält, buddelt er immer noch.

Unteroffizier B. war zu dem kleinen A. gekniet und verband ihm den klaffenden Schädel. Leise wimmernd sank er in Bewusstlosigkeit.

Der Angriff war abgeschlagen, der Graben wurde vertieft und nach rechts befestigt. Das Flankenfeuer hielt an. Jedem, der sich nur zeigte, fauete es wie Blitzschlag um die Ohren. Gegen 12 Uhr gingen von jeder Gruppe 2 Mann zum Essenholen. Gewitter und Plazregen scheuchten uns vom Boden auf, dazwischen humpfen von drüben die Kanonen drein, wie im Wettstreit mit den

*1 Siehe Nr. 106 des „Vorwärts“.

dem Essener Parteitag nur unter der Voraussetzung für die Kriegs- kredite stimmte, daß in der in Aussicht genommenen Er- klärung klar zum Ausdruck gelange, daß wir dafür stimmten, weil es sich nach Behauptung der Regierung um Abwehr einer ja- ristischen Invasion handele, daß wir das Vaterland aber nicht für, sondern gegen die bürgerliche Klasse verteidigen. Am 4. August wurde eine Debatte über die von der Kommission vorgelegte Er- klärung, die solchen Passus nicht enthielt, abgelehnt, und nur ge- stattet, Abänderungsanträge zu stellen. Ich stellte u. a. einen solchen, der die Erklärung verlangte, daß wir die Kriegstreiber und Ver- klammerer der Vorkriegszeit in Deutschland nicht minder bekämpfen, wie die in Rußland. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Darauf lehnte ich es ab, für die Erklärung der Kommission zu stimmen. In Anlehnung an eine Sach- darstellung des Parteivorstandes macht ferner Genosse Lenzich eine den Sachverhalt auf den Kopf stellende Anspielung über mein Verhalten am 2. September 1914 auf dem Oberkommando. Die von Lenzich in Anführungszeichen gebrachten Worte habe ich in Be- kämpfung des kapitalistischen Hurratriotismus und nach einer Dar- legung gebraucht, daß die Sozialdemokratie von ihrer Weltanschauung aus den proletarischen Patriotismus im Gegensatz zum kapita- listischen Patriotismus verteidige und übe. Weitere Darlegungen über den Vorgang am 2. September sind unter den heutigen Um- ständen mir leider nicht möglich. (z)

Politische Uebersicht.

Kolonialreich oder Festland.

Im „Tag“ tritt Professor Hans Delbrück für ein großes deutsches Kolonialreich in Zentralafrika ein. Es ist das eine Forderung, die von allen bürgerlichen Parteien ver- treten wird. Insofern bedürfte der Artikel keiner besonderen Erwähnung. In dem Delbrückschen Artikel ist indessen hervor- zuheben, daß er in Uebereinstimmung mit Bedenkenängsten des Staatssekretärs für Kolonialpolitik, Dr. Solf, den Nach- weis zu führen sucht, daß dieses Kolonialreich auch ohne voll- ständige Brechung der britischen Seeherrschaft zu halten sein wird. Wir haben keine Veranlassung, uns in den Streit zwischen den Festlands- und Kolonialschwärmern zu mischen. Wir finden es reichlich optimistisch, daß Professor Delbrück für die einen behauptet, England werde der irischen Frage und der allgemeinen Wehrpflicht nicht gewachsen sein. Aber für eine noch gefährlichere Illusion halten wir es, wenn die an- deren glauben, die Verwirklichung gewisser Forderungen zur „Verstärkung der europäischen Stellung Deutschlands“ durchsetzen zu können.

Unglaubliche Vorschläge.

Die konservative „Kreuz-Zeitung“ gibt einer Zu- schrift aus der Schweiz Raum, in der als Gegenmaßnahme gegen den englischen „Aushungerungsrieg“ empfohlen wird, keine Lebensmittel nach Belgien, Nordfrankreich und Serbien gelangen zu lassen. Die Regierung wird diesem ungeheuer- lichen Vorschlag wohl niemals zustimmen; hat sie sich doch bereits gegen den Vorwurf gewehrt, daß sie nicht genügen- d für die Ernährung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten Sorge trage. Aber es verdient doch festgehalten zu werden, daß solche dem Völkerrecht und jedem menschlichen Empfinden höhnisch sprechende Vorschläge in einer gewissen Presse immer wieder auftauchen.

In ihrem Eifer um die Anwendung weitgehender Gewalt- maßregeln hat die „Kreuz-Zeitung“ es offenbar übersehen, daß die von ihr abgedruckte Zuschrift eine Kritik der konservativen Kriegsziele enthält. In der Zu- schrift heißt es nämlich u. a.:

„Deutschland muß eine Verringerung des geltenden Völkerrechts erzwingen. Es darf nicht mehr erlaubt sein, daß ein Staat dem anderen die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen über See sperren darf. Deutschland wird stets ein dichtbesiedeltes Land sein, das von der Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen im hohen Maße abhängig bleibt. Jede Nacht und

Natur. Eisen haut auf unsere Grabenwunde. Wir ducken uns nieder. Der arme K. mit seinem Kopfschuß liegt noch im Graben. Nur die Augen schimmern durch den schmalen Schütz der Lider. Die Brust arbeitet schwach.

An die Gewehre! Der Russe kommt! Versucht, die Finger haben auf dem Grabenrand gelegen und sind vollständig verendet. Die Hände sind immer wieder voll Sand. Raschentuch raus! Gewissat und geleckt! Das Schloß raus und abgewischt, jede Patrone einzeln raus und abgeleckt! Klüßchen die Kammer zu und abgeschossen! Gott sei Dank! Die Maschinengewehre sind intakt. Wie wildgewordene Nähmaschinen rasen sie und wirken in der rasenden Geschwindigkeit manch Leichenheud. Ein Granatstück haut vor mir in den Graben und überschüttet mich mit Dreck. Erst nachträglich kommt mir die Gefahr zum Bewußtsein. Mit dem Gewehr beschäftigt, den Blick nach vorn gerichtet, dort in den stürmenden Klumpen hinein, sieht man Welt und Umwelt.

Da! Weiße Feten! Gestreckte Arme! Stoppen! Gruppenweise kommen sie angelaufen. Einige schießen noch auf die Waffenlöser. Diese stützen, drängen nach rechts hinüber in den Graben, der uns das Plankensfeuer gebracht hat.

Stephan springt auf den Rand des Grabens und ruft: „Panje putsch, putsch!“ und auf Polnisch ruft er ihnen was zu.

„Stephan, willst Du runter! Da schießt noch so'n Schwein von der Planke.“

„Ach, Unsinn, laß schießen — ach —“ Er taumelt in den Graben zurück, legt — schreit — und preßt die Hände auf den Leib. Rauchschuß! Das Schreien geht in Wimmern über — dann wird er ruhig. Zwei Stunden dauert die Apathe.

„Wasser!“

„Seht ihm die leere Feldflasche an! Bloß nicht zu trinken geben. Rauchschüsse soll man ruhig liegen lassen, nur die Wunde zuhalten und nicht rumschmeißen.“

Die Vorfrucht war umsonst. Stephan richtet sich auf.

„So, Kameraden, nun ist aus. — Ich sterbe.“

„Sprach'st und strecktest dich aus. Der Heimatlose war in seine Heimat eingegangen.“

Drei russische Angriffe abgeschlagen, so mancher von uns dahin. Drei Korporalsführer hatte ich während der zwei Tage. In meinem kleinen Grabenstück liegen zwei Tote und der kleine K. mit seinem Kopfschuß; wir hatten ihn noch nicht fort- schaffen können.

„Weißt Du schon, Andreas ist gefallen. Kopfschuß, hat sich umgedreht und war tot.“

„O Gott! Wo liegt er denn?“

Wieder einer aus meiner Ausbildungszeit. Ein unermü- dlicher, heiterer und angenehmer Kamerad. „Du Pfifferling“ war seine Anrede, womit er jeden abfertigte. „Du Pfifferling, laß mich doch nich uff'n Arm nehmen (verlohlen)!“ — Beim Abziehen sah ich ihn auf dem Grabenrand liegen, die Wunde auf dem Hinterkopf, ein kreisförmiges Loch in der Stirn, so groß wie ein Wurmel. Aus ihm entfloß das Leben eines Vaters zweier lieb- licher Kinder. (z)

jede Kombination von Mächten mit einer überlegenen Flotte könnte in einem zukünftigen Kriege Deutschland in die Enge treiben, auch wenn seine Armeen siegreich in die feindlichen Haupt- städte einzögen. Noch nie in der Geschichte ist ein neuer wert- voller Rechtsgrund durch einen Notenwechsel oder durch Kon- ferenzen am grünen Tische geschaffen worden, sondern nur da- durch, daß harte Schläge den Unrechtlichen belehrten, daß sein un- berechtigter Anspruch nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Fast immer muß das bestehende Recht, das nur ein verfeinertes Ge- waltrecht ist, gewalttätig zertrümmert werden, um dem neuen besseren Recht freie Bahn zu schaffen.“

Darin liegt die von uns oft unterstrichene Erkenntnis, daß selbst die weitgehendsten „realen Garantien“ Deutschland nicht das Maß wirtschaftlicher Selbstversorgung geben können, das durch die Verwirklichung der konservativen Kriegsziel- forderungen angeblich erreicht werden soll.

Der neue Friedensbund.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ machen folgende Mitteilungen über den neugegründeten „Deutschen Nationalauschuß“:

„Außer dem Vorsitzenden, dem Fürsten Bredel, den beiden „politisch radikalen“ Geschäftsführern, den Herren Ulrich Rauher und Peter Dreuer, finden wir dabei Großindustrielle, die mit der Regierung viel zusammenarbeiten, wie Herrn Geheimrat v. Guilleaume. Da- neben Oberbürgermeister, Geh. Kommerzienräte, Bankdirektoren. Ein wenig ist auch die Wissenschaft vertreten. Vor allem aber der Erz- herger-Kongern. Unter diesen Herren vor allem: Aug. Thyssen und Herr Riedemann, der Delgewaltige, der dem Zentrum so reich die Kasse füllt. Der offiziöse Zentrumsflügel ist also zur Stelle. Manche sehen nicht ohne Bedauern auch den Generaldirektor Heineken vom Norddeutschen Lloyd darin. Der Wortlaut des Programms brauchte ihn freilich nicht zu schrecken; aber die politischen Hintergründe hätten ihn, falls er sie erkannte, abseits halten können. Für unser Gefühl ist der Norddeutsche Lloyd eine zu selbständige Firma in einer (unseres Erachtens zur Unzeit auf- gestellten) „offiziösen Schutztruppe“.

Das Ueberraschendste ist indessen, daß als Geschäftsführer auch ein Mitglied der bekannten Ddol-Firma, ein Leiter des Re- klamebureaus des verstorbenen Geheimrats Lingner, zeichnet. . .

Selbstverständlich hat jede jeweilige Regierung das Recht, ihre politischen Auffassungen in der Nation zu vertreten. Wenn aber das unter ihrer Mithilfe zustande gebrachte Werkzeuge sich „Nationalaus- schuß“ nennt, wenn es im voraus für die teilweise beabsichtigte Frei- gabe von Kriegszielverordnungen organisiert wird, wenn es dafür im voraus eine Versammlungsfreiheit erhält, die zurzeit noch gar nicht Rechtens ist, sondern die erst gewünscht wird, so bedeutet das nicht „freie Bahn für alle“, nicht „freies Wort für ein freies Volk“.

Am 1. August will der Nationalauschuß in 75 Städten Versammlungen abhalten. Hoffentlich kommen in diesen öffentlichen Versammlungen, falls sie nicht in Wahrheit geschlossen oder abgeschlossen sind, die unabhängigen Rationalen eindringlich zu Worte.“

Die Verantwortung für diese Mitteilungen müssen wir dem freikonserватiven Blatt überlassen.

Zur Erneuerung der Handelsverträge.

Wie der „Tägl. Rundschau“ aus Dresden gemeldet wird, befahte sich der Gesamtvorstand des „Verbandes sächsischer Industrieller“ in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Erneuerung der Handelsverträge, die belanntlich im nächsten Jahre ablaufen. Außer verschiedenen feindlichen Staaten kommen Oester- reich-Ungarn, Bulgarien, Schweden, die Schweiz und Rumänien in Frage. Der Gesamtvorstand sahte folgenden Beschluß ein- stimmig:

„Der Verband sächsischer Industrieller hält angesichts der durch den Krieg völlig veränderten Verhältnisse die Schaffung eines neuen autonomen Zolltarifs als Grundlage für die nach Beendigung des Krieges notwendigen Handelsvertrags- verhandlungen im Interesse der deutschen Industrie für dringend erforderlich. Bezüglich der notwendigen Uebergangsbestimmungen von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zum Schutze der Industrie gegen eine Ueberflutung des deutschen Marktes mit ausländischen Waren in der Zeit der bei der deutschen Industrie herrschenden Roh- stoffknappheit verweist der Verband auf die Beschlüsse seiner letzten Hauptversammlung vom 27. Oktober 1915.“

Die Einführung des autonomen (selbständigen) Zolltarifs würde einen allgemeinen Zollkampf zwischen den beiden Mächtegruppen herbeiführen, d. h. also den Wirtschaftskrieg über den Friedensschluß hinaus verlängern. Wir halten die gegenseitige Jubiligung der Weisheitsbegünstigungsklausel im Gegensatz zu den Wünschen der Schwer- industriellen gerade für eine der wichtigsten Friedensbedingungen.

Ausfuhrverbot für Goldwaren.

Im Interesse der Stärkung des Goldvorrats unserer Reichsbank ist es erwünscht, die Herstellung derjenigen Goldwaren einzuschränken, bei denen ein verhältnismäßig kleiner Fas- son- und Arbeitswert einem großen Materialwert gegenübersteht. Da diese schweren Goldwaren mit geringer Fas- son in der Hauptsache für das Ausland erzeugt werden, ist das Ziel zweckmäßig durch ein Ausfuhrverbot zu erreichen. Ein solches hat der Bundesrat am 13. Juli für Waren erlassen, die ganz oder teilweise aus Gold hergestellt oder auf mechanischem Wege mit Gold belegt sind, soweit sie nicht lediglich vergolbt sind.“ Die Ausfuhr von Goldwaren mit hoher Fas- son — dazu gehören auch schwere Goldwaren, die mit Edelsteinen besetzt sind — soll nicht unterbunden werden; die Aus- fuhrerlaubnis wird im Rahmen des Reichszolltarifs von den Vor- ständen der Reichsbanknebenstellen Danau und Schwäbisch-Gmünd (für ihre Bezirke) und Pforzheim (für das ganze Reichsgebiet) erteilt werden.

„Pflichtmäßige Leibesübungen an den Fortbildungsschulen hatte neben anderen Korporationen der Landesverband für Jugendpflege in Hamburg in einer Eingabe an den Senat gewünscht. Auf diese Eingabe wurde dem Landesverband die Antwort erteilt, daß der Senat beschloffen hat, die Erörterung der Angelegenheit bis nach Beendigung des Krieges auszusetzen.

Landtagsabgeordneter Opiß gestorben. Wie der „Vogtländische Anzeiger“ meldet, ist der Erste Vizepräsident der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages und Vorsitzender der konservativen Frak- tion in Sachsen, Rechtsanwalt und Notar, Geheimrat Hofrat Got- tfried Opiß auf Nittergut Treuen im Vogtland heute mittag im 70. Lebensjahre einem schweren Darmleiden erlegen.

Das tägliche Brot.

Verdorrene Lebensmittel.

Vor kurzem war in einigen Zeitungen Kritik an einem Inserat im „Vochumer Anzeiger“ geübt worden, worin „mehrere tausend Eier als Schweinefutter“ angeboten wurden. Einzelne Zeitungen hatten die Sache so dargestellt, als wenn die Eier durch übermäßig langes Lagern zu späteren Spekulations- zwecken verdorren waren. Wie der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ jetzt mitteilt, hat das Kriegsernährungsamt durch sofortige Nachprüfung folgenden Sachverhalt festgestellt:

„Die Firma Creißhämmer-Vochum hatte aus Rumänien zwei Waggons (14 000 Stück) Eier über Wien eingeführt. Als die Eier zum Verkauf kommen sollten, stellte sich heraus, daß unge- fähr 4 000 Stück verdorren und dadurch zum menschlichen

Genuß ungeeignet geworden waren. Um die verdorbenen Eier wenigstens noch indirekt der menschlichen Ernährung nutzbar zu machen, wurden sie sehr vernünftiger Weise durch öffentliche An- zeige als Schweinefutter ausbezogen. Die übrigen 10 000 Eier sind zum normalen Preise von 23 Pf. das Stück zum Verkauf gekommen.“

Der „Nachrichtendienst“ knüpft an diese Darstellung (er selbst nennt es „Klarstellung“) nachstehende Mahnung an die Presse:

„Es scheint dringend erforderlich, daß die Zeitungen derartige Notizen nicht aufnehmen, ohne vorher gewissenhaft die Vorgänge nachgeprüft zu haben, es werden sonst ohne alle Ursache Be- unruhigungen ins Publikum getragen, die jeder Grundlage ent- behren.“

Diese schulmeisterliche Art, die Presse an ihre Pflichten zu er- innern, ist in diesem Falle völlig unangebracht. Bei den ver- worrenen Zuständen in unserer Lebensmittelversorgung ist die Presse geradezu verpflichtet, auf jeden Mißstand hinzuweisen, der sich irgendwo zeigt. Wenn ihr hin und wieder dabei ein Jertum passiert, steht es jedem frei, ihn zu berichtigen. Wollte man aber verlangen, daß jeder einzelne Fall bis ins kleinste vor der Besprechung geprüft werden müsse, dann würde sich überhaupt die Unmöglichkeit herausstellen, auf ge- wisse Erscheinungen kritisch hinzuweisen. Wenn irgendwelche Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung erreicht wurden, dann ist dies zum großen Teil der Presse zu verdanken, die nach Möglich- keit die Schäden aufgedeckt hat. An ihr liegt die Schuld nicht, daß noch so vieles zu bemängeln ist.

Der „Nachrichtendienst“ sagt, es werden „ohne Ursache Beunruhigungen in das Publikum hineingetragen“. Das ist in verschiedener Hinsicht falsch. Einmal wird die Be- unruhigung nicht erst ins Publikum hineingetragen. Uns z. B. gehen fast täglich Zeitungsauschnitte zu und die Ein- sander weisen empört auf die Inserate hin, wo große Posten ver- dorbener Lebensmittel als Viehfutter angepriesen werden. Durch welchen Umstand das Verderben eingetreten ist, ist schließlich ganz gleich. Das trifft auch auf den Fall zu, den der „Nachrichtendienst“ anführt. Wenn von 14 000 Eiern 4 000 verdorren, also fast ein Drittel, dann ist das nicht nur auffällig, sondern auch wirklich be- unruhigend. Warum die Eier verdorren sind, wird in der „Klarstellung“ auch nicht gesagt. Es ist dies auch gar kein Einzel- fall, über den man hinweggehen könnte. Haben wir doch erst kürz- lich gehört, daß von den Kartoffeln, die für Neulösn geliefert wurden, neun Zehntel verdorren waren. Auch hier ist noch keine Aufklärung erfolgt, wen die Schuld trifft. Andere Klagen betreffen Mehl. Große Mengen sollen infolge ungeeigneter Lagerung verdorren sein. Ist es schon in normalen Zeiten bedauerlich, daß Nahrungsmittel umkommen, so ist es in der jetzigen Zeit noch viel mehr zu beklagen, wenn dadurch der bestehende Mangel noch ver- größert wird. Es muß deshalb verlangt werden, daß unsere ganze Lebensmittelversorgung so organisiert wird, daß der menschlichen Ernährung möglichst wenig verloren geht. Wenn Publikum hat man mit Ermahnungen nicht gepart, alle Nahrungsmittel voll auszu- nutzen.

Mögen die berufenen Stellen prüfen, ob sie selbst nicht schon oft genug in dieser Hinsicht verlagert haben.

Umgehung der Wucherverordnung.

Als die Verordnung zur Bekämpfung des Kettenhandels angeklagt wurde, sprachen wir die Verstärkung aus, daß die Warenspesulanten auch diese Schranken zu umgehen wissen würden. Heute geht uns eine Notiz aus dem Bureau der Berliner Handels- kammer zu, die indirekt den Nachweis führt, daß es nicht einmal strafbarer Handlungen bedarf, um die neue Verordnung in wesent- lichen Teilen unwirksam zu machen. Nach der Verordnung unter- liegt der Handel mit Lebensmitteln einer Erlaubnispflicht. Die Handelskammer meint nun, daß mindestens einige Genußmittel nicht unter diese Verordnung fallen würden, da in der bisherigen Gesetzgebung stets die Begriffe Nahrungsmittel und Genußmittel üblich gewesen sind. Ebenso ist es der Handelskammer zweifelhaft, ob alle Futtermittel unter die Verordnung fallen würden, da der Begriff enger sei, als die Zahl der im Kriege gelegentlich als Futtermittel verwandten Erzeugnisse. Die Handelskammer fährt dann fort:

„Völlig der allgemeinen Umgrenzung entzieht sich der durch die Verordnung in die Gesetzgebung neu eingeführte Begriff „Kettenhandel“. Indem die Verordnung den Kettenhandel als ein Beispiel unlauterer Wuchergeschäften anführt, läßt sie erkennen, daß der ansfändige und wirtschaftlich berechtigte Zwischenhandel nicht davon betroffen werden soll. Da jedoch damit zu rechnen ist, daß nicht alle Strafbehörden den Unterschied zwischen dem erlaubten Zwischen- und dem verbotenen Kettenhandel zurechtfinden würden, hat die Handelskammer zu Berlin befürwortet, daß die Strafverfolgungs- behörden veranlaßt werden, vor Erhebung der Anklage wegen Ketten- handels das Gutachten einer sachkundigen Stelle darüber einzuholen, ob Kettenhandel in Frage kommt.“

Daraus ergibt sich, daß auch die neue Verordnung gegen den Kettenhandel allerlei Lücken läßt, durch die der preissteigernde Handel durchschlüpfen wird.

Abänderung des Margarinegesetzes.

Amtlich. Berlin, 13. Juli. (B. L. V.) Nach § 4 des sogenannten Margarinegesetzes vom 15. Juni 1897 ist in Räumen, in denen Butter oder Butterschmalz gewerb- mäßig hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgehalten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feil- halten von Margarine oder Kunstspeisefett verboten. Gegen- wärtig werden Butter und Margarine in gleicher Weise öffent- lich bewirtschaftet und vielfach auf die gleichen Feilkarten ab- gegeben. Unter diesen Umständen ist der Zwang zu g- trennter Feilhaltung und Abgabe miflich, teilweise undurchführbar. Der Bundesrat hat deshalb durch Bekanntmachung vom 13. Juli d. J. die Landeszentral- behörden ermächtigt, A u s n a h m e n von der genannten Be- stimmung des Margarinegesetzes zuzulassen.

Preisbindung für Kunsthonig.

Der Reichszuckerstelle steht das ausschließliche Recht der Regelung des Verkehrs mit Verbrauchszucker zu. Bezugscheine für Zuder zur Herstellung von Kunsthonig werden nur abgegeben, wenn sich die Erzeuger von Kunsthonig verpflichten, ihren Großhandelspreis so zu stellen, daß er den von der Reichszuckerstelle festgelegten Klein- handelshöchstenpreisen entspricht; sie sind außerdem verpflichtet, dem Kleinhandel einen Rabatt von 20 Proz., dem Großhandel einen weiteren Rabatt von 10 Proz. zu gewähren.

Folgende Höchstpreise dürfen vom Kleinhandel nicht überschritten werden: für 1/2 Kilogramm Paket 55 Pf., für 1/2 Kilo- gramm Gefäß 65 Pf., für 1 Kilogramm Gefäß 1,25 M., für 2 1/2 Kilogramm Gefäß 3 M., für 4 Kilogramm Gefäß (5 Kilogramm Bruttogefäß für Postversand) 4,75 M., für 5 Kilogramm Gefäß 5 M., für 17 1/2 Kilogramm Gefäß 16 M.

Einführung der Reichsfleischkarte.

Die „Köln. Ita.“ meldet aus Berlin: Zurzeit sind die Vor- arbeiten für Einführung einer einheitlichen Regelung des Fleisch- verkehrs durch Einführung einer Reichsfleischkarte im Gange. Es die Einführung erfolgen kann, muß aber das Ergebnis der Anfang September beginnenden Bestandsaufnahme abgewartet werden, aus der man allein Klarheit über das auch in den Privathaushaltungen vorhandene Fleisch gewinnen kann. Die Einführung der Reichs- fleischkarte ist mit Sicherheit zu erwarten.

Aus einer Säuglingsfürsorge- Stelle.

Mit planvoller Säuglingsfürsorge begann die Stadt Berlin erst im Jahre 1903. Damals eröffnete sie ihre ersten Säuglingsfürsorgestellen, die als Waffe im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit dienen sollten. Sie waren eine Frucht langer Beratungen und Verhandlungen, zu denen die Gemeindebehörden zögernd schritten, nachdem ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten sie auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit hingewiesen hatte. Aufgabe der Fürsorgestellen ist, Müttern schwächerer oder kranklicher Säuglinge ärztlichen Rat über Wartung und Ernährung des Säuglings unentgeltlich zu erteilen und ihnen bei Bedürfnis auch Kindermilch zu ermäßigtem Preis oder ganz umsonst zu liefern und stillenden Müttern eine Stillbeihilfe in bar zu gewähren. Die Nützlichkeit dieser Maßregeln, durch die übrigens nur erst ein Teil der damals von unseren Genossen in der Stadtverordnetenversammlung aufgestellten Forderungen verwirklicht ist, wird heute wohl von niemand mehr bestritten. Eine allmähliche Erweiterung des Kreises der zu berücksichtigenden Kinder hat die Wirksamkeit der Säuglingsfürsorgestellen noch gesteigert.

Für den Betrieb der Säuglingsfürsorgestellen kann als Muster das eigene Heim dienen, das man der Fürsorgestelle des Gesundbrunnens im Hause Badstraße 10 geschaffen hat. Auf dem bisher von einer Markthalle eingenommenen Grundstück hat die Stadt eine Gebäudegruppe errichtet, in der außer einem Armenamt, einer Steuerkasse, einer Schulküche und einer Kinderleschule auch die Säuglingsfürsorgestelle untergebracht ist. Hier konnte man von vornherein in den Plänen für die Räume der Fürsorgestelle und für ihre Einrichtung die Erfahrungen benutzen, die bisher in Säuglingsfürsorgestellen gesammelt worden sind. Ein Besuch dieser Fürsorgestelle bietet nicht viel des „Sehenswerten“, wenn man das Wort in dem gewöhnlichen Sinne meint. Er gewährt aber einen Einblick in ernste, treue Arbeit, die zum Wohl des Säuglings getan wird.

Die Säuglingsfürsorgestelle in der Badstraße nimmt das Quergebäude ein. Im Erdgeschoß empfängt den Besucher eine geräumige Halle, die von den Müttern als Kinderwagen-Verwahrungsstelle benutzt werden kann. Die städtische Wagenburg, die hier täglich in der Sprechzeit aufgefahren wird, steht unter besonderer Aufsicht. In dieser Empfangshalle erhält jede Mutter eine Nummerkarte, damit in der Fürsorgestelle eine Abfertigung nach der Reihe geschieht ist. Dann geht mit dem Säugling hinauf nach dem oberen Stockwerk, wo als erster Raum der Wartesaal sich öffnet. Dem Eintretenden schlägt ein Geschwirr und Gewirr von Tönen entgegen. Mütter sitzen und stehen umher, auf dem Schoß oder in den Armen die Kleinen haltend, deren Quarren und Weinen ihr beschwichtigender Zuspruch zu dämpfen sucht. Große Tische sind aufgestellt, auf denen die Kinder niedergelegt und entleidet werden können. Jede Mutter meldet sich sogleich nach ihrem Eintritt bei der Schwester, die in diesem Raum den Vorfall hat. Hier werden auch die Neuaufnahmen bewirkt, wobei die Mutter ein Wiegegestell eingehändigelt erhält, das sie bei jedem Besuch wieder mitbringen muß.

Aus dem Wartesaal trägt die Mutter den entleierten Säugling in das Wiegezimmer, damit zunächst sein Gewicht ermittelt und mit Datum im Wiegeheft vermerkt wird. Sorgfältige Beobachtung der Zu- oder Abnahme des Gewichtes ist in der Säuglingspflege nicht zu entbehren, weil sie einen Gradmesser für das Gedeihen des Säuglings bietet. Aus dem Wiegezimmer geht es weiter zu dem Arztzimmer, dem Mittelpunkt der Säuglingsfürsorgestelle. Die Fürsorgestelle des Gesundbrunnens, die täglich von 150 bis 160 Müttern aufgesucht wird, hat zwei Ärzte und eine Krankenschwester. Den Müttern ärztlichen Rat über Pflege und Ernährung des Säuglings zu geben, ist Hauptzweck der Fürsorgestellen. Ein einziger Mißgriff einer unfundigen Mutter kann dem Säugling schweren Schaden bringen, den alle noch so guten Hilfsmittel der Pflege und Ernährung vielleicht nicht aufzuwiegen. Der Fürsorgearzt besichtigt den Säugling, unterrichtet sich aus dem Wiegeheft, befragt die Mutter über alles Nötige und gibt die Verhaltensmaßregeln, die der Zustand des Kindes gebietet. Für kleine operative Eingriffe, die gelegentlich nötig werden könnten, steht ein besonderer Raum bereit. Die Fürsorgestellen wirken auch darauf hin, daß die Mütter ihre Kinder möglichst mit der Brust nähren, weil erfahrungsgemäß hierdurch das Gedeihen der Kinder gefördert wird. Diese Bemühungen haben dazu geführt, daß in den Fürsorgestellen Berlins schon seit mehreren Jahren die Brustkinder etwa zwei Drittel aller Pflegefälle ausmachen. Manche Mütter wissen die Ratsschläge der Fürsorgestellen so zu schätzen, daß sie „Stammkinder“ werden und mit jedem neuen Sprößling, den sie zur Welt bringen, sich immer wieder einfinden. Jede Mutter sollte die Fürsorgestelle so zeitig wie möglich aufsuchen und nicht erst bis zu einer Erkrankung des Säuglings warten. Erfreulicherweise hat die Zahl der Mütter, die ihre Kinder schon in den ersten Lebenswochen bringen und sich Rat holen, im Laufe der Jahre immer mehr zugenommen. Zunächst müssen die Besuche wöchentlich wiederholt werden, später schränkt man sie allmählich ein, wenn kein Bedenken dagegen ist. Wenn ein Kind nicht recht gedeihen will, ordnen die Ärzte häufigere Besuche an. Eine Ergänzung der Konsultationen in der Fürsorgestelle sind die Hausbesuche der Schwestern. Bei Neuaufnahme wird in kürzester Frist ein erster Besuch im Hause gemacht, dem dann in kleineren oder größeren Zeitabständen andere Besuche folgen.

Neben dem Rat können die Fürsorgestellen noch Milch und Nährpräparate und für stillende Mütter eine kleine Stillbeihilfe gewähren, immer nach Anweisung des Arztes. Die Abfertigungsstelle führt Buch über diese Unterstützungen. Sie gibt die Milchmarken aus und auch Kindermilch, die in eigener Milchküche zubereitet wird, und zahlt die Stillbeihilfen. Unter dem Einfluß der Reichswochenhilfe, die gleichfalls Stillbeihilfen, und zwar höhere, gewährt, haben in der letzten Zeit die stillenden Mütter sich merklich gemehrt, so daß die Bemühungen der Fürsorgestellen wirksam unterstützt worden sind. Für die Besucherinnen der Fürsorgestelle ist der Abfertigungsraum die letzte Station. Von hier aus werden sie, nachdem alles hübsch gebücht worden ist, entlassen.

Besteht nun nicht die Gefahr, daß bei einer so bedeutenden Ansammlung von Kindern einmal eine ansteckende Krankheit übertragen wird? Verhüten soll das eine Isolierstation, die sich im Erdgeschoß befindet und völlig getrennt von den übrigen Räumen der Fürsorgestelle ist. Die etwa verdächtigen Kinder werden hier untersucht, und hier werden auch die Mütter abgefertigt. Entlassen werden sie durch besonderen Ausgang, so daß sie die Wagenhalle nicht wieder betreten. Von jeder Mutter, die bei ihrem Kind die Entdeckung einer ansteckenden Krankheit vermutet, wird erwartet, daß sie sogleich bei ihrer Ankunft dies in der Wagenhalle der aufsichtführenden Schwester sagt. Keine Mutter sollte, wie es tatsächlich vorkommt, eine Art Beleidigung darin sehen, daß die Schwester selber bei verdächtig scheinenden Kindern eine bezügliche Frage an die Mutter richtet. Nur so ist sofortige Isolierung möglich, die von anderen Kindern die Ansteckungsgefahr fernhält.

In dem Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit sind die Für-

orgestellen gewiß nur ein kleines Mittel. Sie verdienen aber Förderung, weil sie den Säuglingen durch die den Müttern gegebenen Fingerzeige und Beihilfen manchen Schutz gewähren. Die Fürsorgestellen verdienen auch, daß jede Mutter, die einen Säugling hat, sie beachtet und beizugehen sucht. Diese zum Wohl des Säuglings geschaffene Einrichtung sollte soviel wie möglich benutzt werden.

Aus Groß-Berlin. Abseits Friedrichshagen.

Die weitaus meisten Ausflügler, die auf dem Bahnhof Friedrichshagen eintreffen, schlagen sich gleich seitwärts durch die langweilige Friedrichstraße nach dem Ufer des Müggelsees, um von hier aus auf dem Wasser oder jenseits in den Müggelbergen und ihrer Waldumgebung die Lungen zu weiten. Auch die Seefraße bietet nicht viel Interessantes. Anscheinend hat die Gemeinde Friedrichshagen nicht den Ehrgeiz, sich zum modernen märkischen „Seebad“ zu entwickeln. Von prächtigen Villenbauten oder anderen Sehenswürdigkeiten ist kaum etwas zu spüren. Die meisten Sommerlokale am Wasser sehen noch genau so aus wie vor zwanzig Jahren. Wer hier am Wasser seßhaft ist, hält den angestammten Grundbesitz fest, hat noch keine Lust oder Gelegenheit zum Spekulieren und huldigt unumwunden den Freuden des Wassersports. Vielleicht ist das ein Vorteil. Darum macht Friedrichshagen, vom See aus gesehen, einen sehr bescheidenen, richtig dörflichen Eindruck. Die sandigen Uferabhängen hinter der Gasanstalt wirken geradezu unschön. Viel reizvoller ist das gründliche Südufer vor den Müggelbergen.

Wer zur Abwechslung auf Wasser verzichten, neues sehen und sich berauschen will an einem vom großen Verkehr noch wenig berührten Waldgebiet, geht vom Bahnhof Friedrichshagen aus in der Richtung der Bahnlinie eine schnurgerade herrliche Waldschneise, die in einer knappen Stunde nach Schneide führt. Man kann auch mit einem halbstündigen lohnenden Umweg den Weg scharf links vom Bahnhof einschlagen, kommt dann bald zur idyllischen Ravensteiner Mühle, etwas nördlicher nach dem hübschen Forsthaus Neu-Krummendamm und südt, scharf rechts nach einem Geästweg abbiegend, auf die erwähnte Waldschneise dicht vor Schneide. Alle diese Wege, die in Wanderbüchern nicht zu finden sind, führen ausschließlich durch seltener begangenen und deshalb natürlichen Wald.

Schneide, wo noch vor etwa zehn Jahren das märkische Junkergeschlecht derer von Arnoldsdorf hauste, bis Kapitalisten auf der Wildfläche erschienen und den reichen Privatbesitz aufteilten, hat sich sehr gut herausgemustert. Die Elektrische nach Ralsberge Rübersdorf durchzieht die fremdliche Gemeinde, die nicht mehr viel vom ehemaligen Dorf- und Rittergutcharakter zeigt. Der Königspark in ihrer Mitte mit den hohen Eichen ist den Weg zu ihm wert. Dichtast liegt Klein-Schönebeck, auch kein Dorf alten märkischen Schlages mehr, vom Haus der Neuzeit munter gerüttelt und schon stark mit Landhäusern durchsetzt. Man vergesse nicht, am Ende des Dorfes die sogenannte Einöde zu besuchen, die eine mächtige Obstplantage darstellt. Die Klein-Schönebecker Mühle ist aber noch ganz ein köstliches Idyll aus der guten alten Zeit. Der in die Müggel fließende Mühlengraben bildet zehn Minuten weiter auch das Rückgrat der reizenden Landhauskolonie Fichtenau mitten in Kadel- und Laubwald. Himmlisch ruhig ist es hier. Der Wald steht greifbar nahe bei den Häusern. Durch den hübschen Kurpark am Mühlensiech entlang ist in einer Viertelstunde der Bahnhof Ralsdorf zu erreichen, von dem aus sich reichliche Gelegenheit zu weiteren Wanderungen bietet, so auch nach den nahegelegenen Landhauskolonien Gräbwalde, Wellstein, Schönblid und Hohenberge. Nach 20 Minuten ist man zu Fuß am Ende der Müggel bei Ralsdorf und Neu-Helgoland, ebenso lange fährt die Elektrische zur 25 Pfennig nach Woltersdorfer Schleuse. Diese ganze Tour vom Bahnhof Friedrichshagen aus kann man bequem am Nachmittag erledigen.

60 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine in nächster Woche.

Für die Woche vom 17. bis 23. Juli werden nach Veröffentlichung der Butterverorgungsstelle Groß-Berlin auf den Butterartenabschnitt 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine abgegeben. Bekanntlich hat das Kriegsberahrungsamt die Anordnung getroffen, daß die Fettportion pro Kopf und Woche 90 Gramm nicht übersteigen dürfe. Die Abgabe der Margarine ist in die Verteilung der Butter mit eingezogen worden. Der Bezug der Margarine ist daher nur dort zulässig, wo der Käufer auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Butterbezugs in das Kundenverzeichnis eingetragen ist. Besondere Margarinearten werden nicht ausgegeben, vielmehr dient der Butterartenabschnitt zur gleichzeitigen Entnahme beider Fette. Selbstverständlich bleibt jedem unbenommen, nur 60 Gramm Butter oder nur 30 Gramm Margarine zu kaufen. Die Preise sind auf 32 Pf. für 60 Gramm Butter bester Beschaffenheit und auf 12 Pf. für 30 Gramm Margarine festgesetzt.

Täglicher Fleischverkauf.

In Fleischerkreisen bestehen immer noch Zweifel darüber, ob in den Ladengeschäften Dienstags und Freitags der Fleischverkauf gestattet ist. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seit dem 1. Juli d. J. in Ladengeschäften der Fleischverkauf täglich stattfinden kann.

Bekanntmachung.

Amtlich. Berlin, 13. Juli. (W. L. B.)
Meine Bekanntmachung vom 13. August 1915 — D. 37 942 —, nach der Rotkohl, Weißkohl, Wirtungskohl, Kohlrabi, grüne frische Gurken und Mohrrüben im Kleinhandel nur nach Gewicht verkauft werden dürfen, sehe ich hiermit außer Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
gez. v. Kessel.
Generaloberst.

Die Stadt Berlin und die Verkehrsverteuerung.

Die Haltung der Stadt Berlin gegenüber den fortgesetzten Anträgen auf Erhöhung der Verkehrsstarke, namentlich derjenigen der Großen Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn wird von einer der Zwecksverbandsverwaltung nachstehenden Seite in durchaus unzutreffender Weise gefehlgemacht. Es sei deshalb folgendes festgestellt:
Die vorjährigen Anträge der Großen Berliner Straßenbahn auf

Zariserhöhung sind vom Verbandsauschuß einstimmig abgelehnt worden. Maßgebend war dabei die Meinung, daß während des Krieges an eine solche Maßnahme überhaupt nicht gedacht werden dürfe. Diese Auffassung ist von den Berliner Vertretern in vollem Umfange geteilt worden. Gerade die Stadt Berlin ist am ehesten in der Lage, bei ihrer Kriegsfürsorge zu erkennen, wie schwer die große Masse der Bevölkerung davon betroffen werden würde, wenn zu den Schwierigkeiten und den Preissteigerungen in der Lebensmittelversorgung auch noch eine durch die Verhältnisse nicht unbedingt gebotene Verkehrsverteuerung hinzutrate. Seit dem vorigen Jahre hat sich ein Anlaß zur Verringerung dieser Haltung nicht ergeben. Um so weniger als weder die Große Berliner Straßenbahn noch die Hoch- und Untergrundbahn irgendwelchen Antrag auf Zariserhöhung gestellt haben. Soweit bis jetzt erkennbar, geht das Bestreben dahin, diesen Anhalten, welche einen Gesamtverkehr von 605 Millionen Personen im Jahre haben, die Zariserhöhung künstlich aufzuwürgen, weil eine solche für die Allgemeine Omnibusgesellschaft mit nur 94,6 Millionen Fahrgästen im Jahre unumgänglich sei, also wegen eines Bruchstückes von etwa 1/3 eine schwerwiegende Belastung des ganzen Verkehrs herbeizuführen.

Ueberrassend ist die Bedeutung, die Stadt Berlin, welche einen Kriegsaufwand von 300 bis 400 Millionen gehabt hat, solle, indem sie ihre Vertragsrechte einschränken läßt, dazu beitragen, der Großen Berliner Straßenbahn, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über zwei Millionen Mark mehr eingenommen hat als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, zu einer Reizeinnahme von 10 bis 12 Millionen Mark im Jahre zu verhelfen. Berlin ist in der vorliegenden Frage nach keiner Richtung auf seinen Sondervorteil bedacht, sondern läßt sich lediglich von allgemeinen Verkehrsverteuerungen leiten; aber seine bestehenden Vertragsrechte würde es sich nicht verkürzen lassen.

Die Preise für Wild steigen; Kaninchen, die sonst 50 und 75 Pf. das Stück kosteten, sind heute nicht unter 2 M. zu haben. Fasanen, Hasen, Enten, Mehe, Rot- und Damwild, sogar Schwazwild erzielen Phantastiepreise. Auch für Vorkühner und anderes Wild werden Preise bewilligt, die in gar keinem Verhältnis zu ihrem Werte stehen. Für kleine Kriekenten wurden 2 1/2 und 3 M. bezahlt gegen 75 Pf. vor Beginn des Krieges. Während nun diese Preise steigen, fallen die Beuten für Jagden ganz bedeutend. Manche Jagd ist jetzt ausgeboten, wie saures Bier.

Wucher überall!

In der letzten Quartalsversammlung der Tischlerinnung teilte der Obermeister mit, daß die Innung sich beschwerdeführend an das Reichsamt des Innern gewendet habe, damit es dem Wucher der Leimbändler entgegenwirken möge. Die Preise für Leim sind in der letzten Zeit um 2—300 Prozent erhöht worden, ein Wucher, der unerhört sei.

Die Innung habe darum gebeten, daß die Behörde Höchstpreise für Leim festsetze, und vom Ministerium des Innern sei die Antwort eingegangen, daß man sich mit der Beschwerde befaße und die Angelegenheit einer Prüfung unterziehe.

Die Innung hat ferner Vorklebrungen getroffen, daß die Mitglieder unter Umgehung des Zwischenhandels sich Leim besorgen können, ein Ausweg, der durchaus verhältnißlos ist, weil selbst in vergangenen Zeiten immer scharfe Angriffe von jener Seite eingekracht hat, die jetzt auch dazu übergehen muß, auch ein Stück Umlernen!

Zu den beiden Bankveruntreuungen ist nicht viel Neues zu berichten. Weder Stephan und seine Geliebte Marie Görach, noch Lueker sind ermittelt.

Warnung vor einem Schwindler.

Unter dem Namen Julius Schneider und Vorgeigung einer angeblichen Mitgliedskarte des 6. Berliner Wahlkreises besucht ein Schwindler Ehefrauen und Eltern von Verhafteten, erzählt alles mögliche von den Verhafteten und sucht allerlei über dieselben und ihre Verwandten zu erfahren. Ein Julius Schneider ist nicht Mitglied des Wahlvereins des 6. Wahlkreises, der Verein hat keine Mitgliedskarten. Man nehme sich vor diesem und ähnlichen Schwindlern in acht, da sie offenbar nichts Gutes beabsichtigen.

Neun Monate Gefängnis für 19 Pfund Mehl.

Der Auktifer Franz B. in Charlottenburg war beauftragt, für den Magistrat eine Ladung Mehl auf den städtischen Speicher zu fahren. Er benutzte die günstige Gelegenheit, einen der Säcke um ein Quantum von 19 Pfund zu seinen Gunsten zu erleichtern. Ein Wäckermeister hatte von seinem Laubenlande aus diesen unerlaubten Eingriff und bei besser Einschnitt in den städtischen Mehlstock beobachtet und die Polizei darauf aufmerksam gemacht. Diese fand auch bei Untersuchung des Wagens denbeutel mit Mehl in einem Kasten unter dem Auktifer. Der Auktifer hat diese 19 Pfund Mehl mit neun Monaten Gefängnis zu bezahlen.

Der Verein Berliner Volksküchen teilt uns zu unserer Reiz „Das verlängerte Mittagessen“ mit, daß es am Freitag Wadepflaumen mit Reis gegeben habe. Dieses Gericht diene aber in der Gulaschkanone nach und nach sei von der Wirtschafterin zu dem biden Reis in heißem Wasser aufgelöste Zitronensäure mit Zucker und anderen Zutaten hinzugegeben worden. Bemerkte sei, daß der Verein seit 50 Jahren besteht und nicht auf Erwerb gegründet ist. Eine Anzahl Ehren Damen stellte sich selbstlos in den Dienst der Sache.

Obsternsammelstellen sind in verschiedenen Gegenden der Stadt auf Veranlassung des Vaterländischen Frauenvereins eingerichtet worden und zwar:

SW. 11, Schöneberger Str. 22, Kohlen-Großhandlung Berger u. Kulp, N. 28, Gleimstr. 62, am Nordbahnhof, Berger u. Kulp, NW. 40, Seidenstr. 21, am Lehrter Bahnhof, Frem u. Vidnase, Kohlen-Großhandlung, O. 17, Fruchtstr. 16, am Ostbahnhof, Louis Schulze, Kohlenpedition, SO. Görtziger Ufer 5, am Görtziger Bahnhof, Louis Schulze, Kohlenpedition.

Die Sammler und Sammlerinnen werden gebeten, die getrennt nach einzelnen Gattungen, also nicht vermengt abzuliefern den Kerne der nächstgelegenen Sammelstelle zu übermitteln. Die Sammlung und Aufbewahrung von Obstern geschieht für die Delgewinnung.

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist in der vergangenen Nacht gegen 8 Uhr eine unbekannt Frau in Neudölln. Sie zog sich dabei vor dem Hause Kaiser-Friedrich-Str. 88 einen schweren Schädelbruch zu, an dem sie im Krankenhaus in Budow noch bestimmungslos niedergebunden liegt. Die Verunglückte ist ungefähr 28—30 Jahre alt und trug einen braunen Rock, eine weiße Bluse mit rosa Blumen, eine helle Reformschürze, schwarze Strümpfe und gelbe Sandalen.

Zirkus Krone verbleibt nur noch bis Montag, den 17. d. Mt., am Neutöliner Ringbahnhof.

Großfeuer kam in der letzten Nacht vermutlich durch elektrischen Kurzschluss in der Konervenfabrik von Holm u. Kompagnie in Lichtenberg, Herzbergstraße 127, die auch in Treptow, Buderstraße 28, einen großen Betrieb unterhält, zum Ausbruch. Gemeldet wurde der Brand gegen 1 Uhr nachts. Als die Lichtenberger Feuerweh an der Brandstelle ankam, stand das einstöckige Kesselhaus mit angrenzenden Räumen schon vollständig in Flammen. Brandinspektor Groß ließ sofort mit vier Schlauchleitungen einen umfassenden Angriff ausführen, um die übrigen Fabrikgebäude, das Kontor und die Lager-

Räume zu kühlen. Die Kammern hatten an Brennstoffmaterial und Vorräten schon so reiche Vorräte gefunden, daß es mehrstündiger angelegter Arbeit bedurfte, um des großen Brandes um 4 Uhr Herr zu werden. Die Aufräumung war um 7 Uhr noch nicht beendet. Der Schaden ist natürlich recht erheblich und besonders durch die Vernichtung von Sterilisierungsapparaten und Maschinen, die nicht so schnell ersetzt werden können. Lebensmittel sind zum Glück nur in ganz geringem Umfange verbrannt. Der Feuerwehrgelände es, die großen Vorräte bis auf einen kleinen Teil zu bergen und zu kühlen. Der Betrieb wird in Treptow fortgesetzt und soll auch in Lichtenberg bald wieder aufgenommen werden.

Zur Entdeckung eines großen Hehlernestes führte die Verhaftung der Treibriemendiehe Döring und Genossen. Die Ermittlungen ergaben, daß die Diebe Beziehungen zu einem Schuhmacher Weiß in der Kreuzgasse 11 unterhielten. Als die Beamten dort nun den Laden und die anderen Räume durchsuchten, entdeckten sie unter dem Bett eine Klappe, die über einem Zugang zum Keller lag. Dieser war von unten an bis zur obersten Stufe vollgepfropft mit 122 größeren und kleineren Stoffballen, Hemdenstücken, Kleiderstoffen und Futterstoffen. Außerdem fand man eine Menge Treibriemen, die zwar schon zerschnitten, aber noch nicht verarbeitet waren. Weiß wurde ebenfalls verhaftet, das ganze Lager beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß das Lager einem großen Geschäft in der Klosterstraße gehörte. Fahrwerksdiebe hatten diesem einen voll beladenen Wagen von der Straße weg gestohlen und die Ladung eiligst zu dem Hehler in den Keller gebracht. Die große Beute, die jetzt dem Bestohlenen wieder zugestellt werden konnte, war gegen 10 000 M. wert.

Der Münzdiebstahl im Museum für Völkertunde scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Am Mittwoch voriger Woche erschien in einer bekannten Münzhandlung in der Wilhelmstraße ein junger, feingebildeter Mann und bot einen kleinen Posten asiatischer Münzen an, die er sowohl wie sein Vater durch Vertretungen in Asien erworben hatten. Es waren 17 siamesische Münzen, die auch jetzt noch in Kurs sind. Da die Angaben des jungen Mannes glaubwürdig erschienen, so trug das Geschäft kein Bedenken, den Kauf abzuschließen. Erst als der Diebstahl bekannt wurde, konnte festgestellt werden, daß die 17 Geldstücke zu den gestohlenen Münzen gehörten. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

Eine Selbstmörderin festgestellt. Die Persönlichkeit einer Lebensmüden, deren Leiche vor einigen Tagen aus dem Neufährer-Schiffkanal an der Wilhelmsbrücke gelandet worden ist, konnte jetzt ermittelt werden. Die Tote ist die 17jährige Kontoristin Erna Rah aus der Schlegelstraße 12 in Berlin. Sie ist durch eine unheilbare Krankheit zu dem Selbstmord getrieben worden, den sie in der Nacht zum 5. d. M. ausgeführt hat, indem sie sich am Eisensteg in den Kanal stürzte.

Aus den Gemeinden.

Erbsen- und Bohnenverkauf in Charlottenburg.

Der Verkauf auf Abschnitt 2 der Charlottenburger Rahmungs-mittellinie findet von Freitag, den 14., bis zum Sonnabend, den 22. Juli, statt.

Städtische Schulzahnklinik Charlottenburg.

In der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. wurde die städtische Schulzahnklinik in Charlottenburg von 2098 Kindern, und zwar von 1029 Knaben und 1069 Mädchen, aufgesucht. Es wurden 1814 Zähne gefüllt, 1480 gezogen und bei 285 der Rerb getötet.

Lebensmittelversorgung in Steglitz.

Die Gemeindeverwaltung von Steglitz, das bekanntlich mit seinen 75 000 Einwohnern das größte Dorf in Preußen ist, ist bemüht, die Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln auch für die Zukunft sicher zu stellen, indem das Kämmereigut Bietzen hierzu in weitgehendem Maße herangezogen wird. Auf dem Gute wird die Gemeindeverwaltung eine ausgedehnte Schweinezucht einrichten und auch die Mästerei von zunächst 1000 Säugen betreiben, die im Herbst zu billigen Preisen an die Steglitzer Bewohner abgegeben werden. Um besonders die Kinder und kranke Personen mit guter Milch versorgen zu können, sind 40 neue Milchkühe eingestellt worden. Auch die Ziegen- und Kaninchenzucht wird von der Gemeindeverwaltung gefördert.

Ferienspiele in Pankow.

Der Anregung in der letzten Gemeindevertreterversammlung entsprechend, finden in diesem Jahre zum ersten Male für die Pankower Schuljugend gemeinsame Ferienspiele unter Aufsicht und Leitung von Lehrern und Lehrerinnen statt. Diefelben haben am Donnerstag dieser Woche ihren Anfang genommen und sollen an jedem Wochentage nachmittags von 3 bis 6 Uhr stattfinden. Für die Kinder der 5. und 6. Gemeindefchule sowie der 1. Hilfsschule ist hierzu der freie Platz an der Wilhelm-Auß-Strasse, für die der 2. Gemeindefchule der freie Platz an der Kiffingenstraße und für die der 7. Gemeindefchule und 2. Hilfsschule der Tiroler Platz bestimmt. Die Mädchen der 3. Gemeindefchule und der 2. Hilfsschule spielen auf dem Schulhof der 1. Gemeindefchule, alle übrigen Schülergruppen auf dem Schulhof der 1. Gemeindefchule. Neben diesen Spielgelegenheiten für die Kinder sind auch Schülerwanderungen in Aussicht genommen, die sich in Anbetracht der ungünstigen Verpflegungsverhältnisse auf die Nachmittage beschränken sollen.

Gerichtszeitung.

Verkaufte Blutwurst und verschimmelter Talg — beim Hoflieferanten.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht war der Hofschlächtermeister Wilhelm Müller, in der Lindenstraße 12 zu Potsdam, angeklagt, verdorbene Wurst und Talg in den Verkehr gebracht zu haben. Im April kaufte ein Hrl. G. im Müllerschen Geschäft Talggrößen, die schon verschimmelt waren und ein widerliches Aussehen hatten. Am 2. Mai kaufte der Hofschaffner Köhler 5 Pfund Blutwurst, um sie nach dem Felde zu schicken. Er bezahlte für das Pfund 1,00 M. Als er die Wurst näher musterte, fiel ihm der faulige Geruch auf. Die Wurst wurde zur Polizei gebracht und dann dem Kreisarzt vorgelegt, der ihre Beschaffenheit und Hebersendung an das Nahrungsmitteluntersuchungsamt veranlaßte. Dort stellte man fest, daß die Wurst faulig und gesundheitsgefährlich war. Die gleiche Feststellung wurde bezüglich des Talgs getroffen mit dem Hinzufügen, er müsse uralt gewesen sein, denn sonst könnte sich kein Schimmel gebildet haben. Diese großen Verfehlungen änderte der zuständige Amtsrichter durch Strafbefehl in Höhe von 50 Mark. Dagegen erhob der Beschuldigte Einspruch mit der Begründung, er sei nicht im Geschäft anwesend gewesen, habe genügende Vertretung und könne sich um den Kleinverkauf nicht kümmern, weil er mit dem Einkauf für seine Lieferungen beschäftigt sei. Das Schöffengericht verwarf den Einspruch und verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe. Es nahm von einer höheren Strafe lediglich deshalb Abstand, weil sich das Geschäft sonst eines guten Rufes erfreue und der Angeklagte anscheinend nicht vorbestraft sei, sonst müßte durch eine strenge Strafe der Schlächter besonders in der heutigen Zeit gegungen werden, die nötige Sorgfalt anzuwenden, daß nichts umkomme. Ein fahrlässiges Verschulden treffe den Angeklagten unbedingt, denn der Betrieb sei nicht so groß, daß er ihn nicht übersehen könne. Gerade jetzt, wo das Fleisch so knapp sei und so unentbehrlichen Preis verkauft werde, sei das Verherben einer Ware ein großer Nachteil für die Volksernährung, wie er kaum größer zu denken sei. Die Strafe ist erheblich billiger als die Wurst.

Markenfreie „Fisch-Butter-Wurst“ vor Gericht.

Ein umfangreicher Nahrungsmittelfälschungsprozeß wegen Verkaufes der sogenannten markenfreien „Fisch-Butter-Wurst“ beschäftigte das Leipziger Schöffengericht.

Auf die Anzeige des Geh. Med.-Rats Dr. Krause in Leipzig war gegen den dortigen Fleischermeister Heinrich Wilhelm Gustav Kuffloff Anklage wegen Nahrungsmittelfälschung erhoben worden. Er gründete im Jahre 1915 in Dänemark zusammen mit einem dänischen Fleischermeister eine Fleischwarenfabrik und betrieb die dänischen Fabrikate, darunter auch die bekannte sogenannte markenfreie „Fisch-Butter-Wurst“ in seinem Leipziger Geschäft, das Pfund für 2,20 M., später für 2 M. Insgesamt wurden dort 130 Zentner abgesetzt. Die famose „Fisch-Butter-Wurst“ hatte einen chemischen Wassergehalt von über 70 Proz., der Gehalt an Butter war 7 Proz.; während nach den in den Läden des Angeklagten ausgehängten Plakaten das Fabrikat nur aus Fisch, reiner dänischer Naturbutter, Vollmilch und Gewürz zusammengesetzt sein sollte. Die Wurst bestand aus 100 Teilen Seefischen, 10 Teilen Butter, 14 Teilen Vollmilch, 10 Teilen Weizenmehl, Salz und Gewürz. Auch hatte die chemische Untersuchung des Vorhandenseins von Fischgräten und -schuppen in der Wurst festgestellt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Die Höhe der Strafe sei gerechtfertigt, einmal, weil der Angeklagte sich einer großen Täuschung des Publikums schuldig gemacht habe, und dann, weil er schon mehrmals wegen Nahrungsmittelfälschung, zuletzt mit 3 Monaten Gefängnis und 500 Geldstrafe bestraft worden sei.

Ein teurerer Schnaps!

Als Warnung für Gastwirte, verbotswidrig Schnaps zu verschänken, kann folgender Straffall dienen, der gestern vor der Verurteilungskammer des Landgerichts I verhandelt wurde.

Der Angeklagte, Schankwirt Hermann Wolf, hatte den Verdacht erregt, daß er in seinem Schanklokal trotz des bestehenden Verbots fortgesetzt nach 9 Uhr abends Schnaps an seine Gäste verabfolgte. Um der Sache auf den Grund zu gehen, wurde er eines Tages durch einen Kriminalbeamten auf die Probe gestellt. Diefem verkaufte er aus einer unter dem Ladentisch stehenden Flasche ein Glas Brantwein. Der Beamte behauptete, daß die Flüssigkeit zweifellos wie echter Korn-Brantwein geschmeckt habe, während der Angeklagte dies mit der Angabe bestritt, daß er sogenannten Scherr eingekauft habe. Das Schöffengericht folgte der Aussage des Beamten und verurteilte den Angeklagten, indem es annahm, daß er fortgesetzt gegen die betr. Verordnung verstoße, zu zwei Monaten Gefängnis. In der Verurteilungskammer folgte das Gericht zwar den Darlegungen des Justizrats Dr. Schoeps, daß nur bei einer Anklagefall erwiesen sei, und nahm von einer Gefängnisstrafe Abstand, verurteilte aber den Angeklagten zu 750 Mark Geldstrafe, damit die Gastwirte eindringlich gewarnt werden, da solche Gesehe nicht zum Spaß gemacht werden.

Aus aller Welt.

780 Tote bei einem Explosionsunglück.

Die „Vaseler Nachrichten“ melden aus Mailand: Auf Anwegen wird jetzt bekannt, daß die in der italienischen Presse nur ganz kurz erwähnte Explosionskatastrophe von Spezia viele Hunderte von Opfern gefordert hat. In Wirklichkeit ist nicht eine Riste Pulver, sondern eine große Munitionsfabrik in die Luft geflogen und von ihren 480 Arbeitern ist kein einziger am Leben geblieben. Außerdem sind aber noch zahlreiche andere Opfer zu beklagen. Am Strande bei Spezia badeten eine große Anzahl Kinder und Erwachsener. Von ihnen wurden mehr als 300 getötet, und drei Tage lang wurden diese armen Opfer der Katastrophe im Golf ans Land gespült. Die Beschreibung der Dertlichkeit läßt auf Muggiano bei Spezia schließen, wo sich ebenso die Strandbäder wie Flottenarsenale befinden.

Unaufgeklärte Leichenfunde.

Wie die Hamburger Polizeibehörde mitteilt, ist am 18. Juni in einem Rieferngehölz an der Chaussee Bergedorf-Geesthacht tief verscharrt die stark verwesene Leiche eines schwächlichen, schlanken Mannes im Alter von vielleicht dreißig Jahren gefunden worden. Nach dem ärztlichen Besunde muß die Leiche, die mehrere Verletzungen der Schädeldecke aufweist, schon mehrere Monate in der Erde gelegen haben. Papiere und Wertgegenstände sind nicht gefunden worden, so daß ein Raubmord vorzuliegen scheint. Ueber die Persönlichkeit des Toten ist noch nichts bekannt. Zu den in Hamburg als vermehrt Gemeldetem gehört er nicht; wahrscheinlich hatte der Ermordete seinen Wohnsitz in einem anderen Orte. Der Mann war 1,75 Meter groß und hatte blondes Haar; ein Schneidezahn im Unterkiefer und mehrere Wadenzähne fehlen, ebenso die rechte Hand; es ist aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese Fehler erst durch die Gewalttat entstanden sind. Velleidet war die Leiche mit feinartierter, dunkler Kammergarnanzug, weißleinem Oberhemd, baumwollenem, weißem Trikotunterhemd mit bläulich gestreiftem Bruststück, schwarzen Soden und schwarzen Knopfstiefeln. Sachdienliche Mitteilungen über die Person des Getöteten und des Täters werden unter Zusicherung einer hohen Belohnung an die Polizeibehörde in Hamburg, zu Tagebuchnummer 4631/16, II, D 1, erbeten.

Ein weiterer Leichenfund, der ebenfalls mit einem Verbrechen in Verbindung gebracht wird, ist auf dem Gut Liebenberg bei Herzfelde (Niederbarnim) gemacht worden. Dort fanden Arbeiter wenige Zentimeter unter dem Erdboden eine männliche Leiche, die auch schon stark verwest war und schwere Schädelverletzungen aufwies. Man vermutet, daß es sich um einen russischen Landarbeiter handelt, der vor anderthalb Jahren spurlos verschwand. Als Täter wird ein anderer russischer Landarbeiter verdächtigt, der mit dem Toten damals oft Streitigkeiten hatte. Dieser Mann verschwand vor einigen Wochen ebenfalls aus der dortigen Gegend und ist dann bei dem Versuch, die holländische Grenze zu überschreiten, festgenommen worden.

Eine Massenklage gegen Landwirte wegen unrichtiger Bestandsangaben.

Eine in der Grafschaft Camburg (Kreis Soalfeld i. Thür.) vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß eine große Anzahl Landwirte bei den Getreidebestandsmessungen zu niedrige Angaben gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft in Rudolstadt hat nunmehr die Anklageerhebung beschloffen, derzufolge sich nächste Woche 813 Landwirte vor dem Landgericht Rudolstadt und dem Schöffengericht in Camburg zu verantworten haben werden.

Verbote des Bilz- und Beerensammelns werden von der „Freis. Ztg.“ auch aus Pommern berichtet. So befinden sich beispielsweise in den letzten drei Ausgaben der „Kreiszeitung für den Regenwaldener Kreis“ Anzeigen, in denen das Betreten der Wälder und das Beerensammeln verboten ist; Frau v. Podelwils, Woiwode, die Forstverwaltung der Forsten Ruhnau und Winingen, Stein-Teichendorf; die Forstverwaltung der Forsten Berge, v. Alten; Prehel-Dahzow; die Forstverwaltung des Riefholzer Forstes. — Es macht sich immer mehr, daß in einigen Zeitungen, die derartige Anzeigen veröffentlichen, im redaktionellen Teil die Bevölkerung immer noch zum Bilz- und Beerensammeln angepörrt werden. Vorn nicht er und hinten nicht er.

Auf eine originelle Idee ist, wie das „Laubener Tageblatt“ mitteilt, die Aittergutsverwaltung von Königs-

Warkha gekommen. Sie erhielt folgende Bekanntmachung: „Zum 5. Juli an werden die für dieses Jahr gültigen Beeren- und Bilzschneide hier unentgeltlich abgegeben. Diefelben sind für alle der hiesigen Gutsherrschaft gehörigen Forstreviere gültig. Das Betreten des Waldes ohne Schein ist verboten und zieht Bestrafung nach sich. Jede Haushaltung kann bis zwei Scheine entnehmen. Der Inhaber eines Scheines ist verpflichtet, fünf Liter gute Beeren und fünf Liter Einlegepilze kostenlos innerhalb zwei Wochen im Schlosse abzuliefern.“ — Da wären wir ja glücklicherweise wieder bei der mittelalterlichen Sitte der „Zehnten“-Ablieferung angelangt.

Beim Spielen mit einer Patrone schwer verunglückt ist am Donnerstag in Jüterbog der 10 Jahre alte Knabe Otto Wenzel. Der Knabe, dessen Vater im Felde steht und dessen Mutter in einer Fabrik arbeitet, hatte sich irgendwie eine Patrone verschafft und spielte damit, als er allein zu Hause war. Bei dem Versuch, das Pulver herauszufahren, explodierte die Patrone. Dem Kleinen wurde die linke Hand und die Kassenrippe abgerissen und das linke Auge so schwer verletzt, daß es auslief. Auch am ganzen Gesicht furchbar entstellt, lief der Verunglückte noch 300 Schritt weit nach dem Krankenhaus in Jüterbog und brach dann vor der Tür zusammen. Nachdem ihm die Ärzte die erste Hilfe geleistet hatten, ließen sie ihn mit der Eisenbahn nach Berlin in die Charité bringen, wo er schwer daniederliegt.

Eine bestialische Muttat. Ein Einbrecher stieg in Friedland in die Wohnung der Witwe eines Försters ein und machte sich an das Erbrechen der Türen und Behältnisse. Dabei gelangte er in einen von dem Dienstmädchen bewohnten Raum. Zwischen diesem und dem Einbrecher entspann sich ein Kampf auf Leben und Tod. In bestialischer Weise stach der Einbrecher mit einem Messer auf die Ueberfallene ein und ließ erst ab, als sein Opfer im Blute schwamm. Das überfallene Mädchen wurde erst gefunden, als der Täter bereits entflohen war. Die Unglückliche hatte gegen vierzig Messerstiche und Wunden erlitten.

Kohlenabstürze. Auf der Castelengo- und Hedwigswünschgrube in Hindenburg (O.-Schl.) fanden nachts umfangreiche Kohlenabstürze statt. Bisher wurden drei Leichen geborgen und mehrere Schwerverletzte herausgeholt.

150 Häuser eingeeßert. In der Ortschaft Grojeß (Kreis Lublitz) brannten, wie aus Breslau gemeldet wird, 150 Gebäude ab. Die Brandursache ist auf einen fehlerhaften Schornstein zurückzuführen.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Jugendbildungsverein. Sonntag, den 16. Juli: Fahrt nach Jelenhof. Treffpunkt: 1/2 7 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz. Mittwoh, den 19. Juli: Vortrag über „Märkische Volksagen“. Anfang 8 Uhr.

Wilmerdorf. Arbeiterjugend. Sonnabend und Sonntag: Nachi- und Tag-Wanderung nach Birkenwerder — Lednigsee — Oranienburg. Treffpunkt: Sonnabend, abends 7 Uhr, im Heim, Mannheimer Str. 51. Abfahrt 8 1/2 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen. — Treffpunkt: Sonntag früh 5 Uhr, Bahnhof Schmaragdort. Abfahrt 6 1/2 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Kosten 1,50 M. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg (V. a. G.), Filiale Baumshulienweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 15. Juli, abends von 8 1/2 — 10 Uhr, im Lokal von Borch, Eisenstraße, Ecke Riefholzstraße, laßiert wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 15. Heft vom 2. Band des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Juden im Weltkrieg. Von Jakob Wittner (Ejernowitz). — Heftigkeitsverordnungsmonopol? Von etc. — Die Kämpfe um Knappschaftsreform. Von Linus Scheibe (Woham). — Von unzeitigem Bildungsnefen nach dem Kriege. Von Richard Seidel (Berlin). — Literarische Rundschau: Gustavus Myers, Geschichte der großen amerkanischen Vermögen. Von R. Kautsky. Dr. Siegmund Schilder, Ermittlungstendenzen der Weltwirtschaft. Von Sp. — Anzeigen: Heinrich Schulz; Arbeiterkultur und Krieg.

Wie wir unser Eisern Kreuz erwarben. Bearbeitet von Freiherr H. von Dindlage-Campe. Heft 8—10. Erscheint in 20 Heften zu je 50 Pf. Bang u. Co., Berlin W 57.

Hilal. Märkische Monatschrift, herausgegeben von K. T. Abdoukaf. Vierteljährlich 1,50 M. Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt, Hamburg.

Die Türken und wir nach dem Kriege. Von E. Harré. 80 Pf. — Die wirtschaftliche Umänderung der Zentralmächte. Von Bela Rajnit. 80 Pf. — E. U. Schwenke u. Sohn, Berlin W 57.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, 507 rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufschlag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Geppel 101. 1. Der Austritt aus der Landeskirche kann von Personen über 14 Jahre alt vollzogen werden. 2. Kein 3. An das zuständige Amtsgericht mit dem Antrage auf Ansetzung eines Termins zwecks Austrittserklärung aus der Landeskirche. — R. 57. Das kommt auf die Bestimmungen des Status an. Sie haben aber wahrscheinlich keinen Anspruch, da durch das Krankenlastenmonopolgesetz die Leistungen der Krankenkassen herabgesetzt sind. — R. 14. Die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit wird in diesem Falle verneint und deshalb keine Unterstützung gezahlt werden. Immerhin wäre zu empfehlen, einen Antrag auf Unterstützung zu stellen, vielleicht wird wenigstens die staatliche Unterstützung bewilligt. — R. 113. Herzleiden; landtumplechtig. — R. 200. Bei Ihrem angegebenen geringen Einkommen müßte Ihnen auch die kommunale Unterstützung bewilligt werden. Wenden Sie sich mit einer Bescheide an das Militärbureau des Magistrats. — R. 75. Rein. — R. 6. 12. 1. Antrag auf Kapitalabfindung können Sie nur stellen, wenn Sie sich mit Hilfe des Kapitals auf eigene Scholle anständig machen oder vorhandenes Vermögen erhalten oder härten wollen. 2. Anspruch aus der Invalidenversicherung steht Ihnen nicht zu, da Sie nicht zu mindestens 66% Proz. erwerbsunfähig erachtet worden sind. — R. 31. Das unterliegt der Entscheidung des Militärarztes. Wenn aber Unfallgefahr nicht mehr vorhanden ist, kann Einziehung erfolgen. — R. 44. Nach dieser Verfügung auf den Abfindungsvertrag werden Sie gegen die Ablehnung Ihres Antrages nichts unternehmen können. — R. 14. Die Kündigung ist nicht rechtmäßig, Sie hätte müssen laut Vertrag an den Hauswirt gerichtet und am 27. Juni in dessen Besitz sein. Die Kündigung ist ihm aber erst am 28. Juni zugestellt worden. — R. Berlin. Im Bureau des Textilarbeiterverbandes, Berlin O., 27. Andreasstraße 17. — Reta 5 und R. 6. 818. In dieser Angelegenheit wenden Sie sich am besten an den Metallarbeiterverband, Untenstraße 83—85. — R. 35. Ob darüber tarifliche Umänderungen bestehen, erfahren Sie beim Verband der Rater und Ladierer, Melchiorstr., 28 part., Berlin SO 16. — R. 7. Die Wirtin hat die Berechtigung, bei der Beschäftigung der Wohnung zum Zwecke der Vermietung zugehen zu sein. — R. 36. Wenn die Firma zur gütlichen Einigung der Sache nicht bereit ist, können Sie durch Klage beim Amtsgericht die Veranzahlung des Kaufgeldes erwirken. — R. 72. Da beiden Mietern die Kündigung stillgerecht zugestellt ist, müssen sie die Wohnung zum 1. Oktober räumen. — R. 17. In der Sache selbst wird sich nichts tun lassen; es würde sich aber empfehlen, mit Ihrem Anwalt nochmals Rücksprache zu nehmen. — R. 7. Wenn die Ehe kinderlos ist, gehören der überlebenden Ehefrau die Wirtschaftsgegenstände im vorans; Sie haben also überhaupt keinen Erbanspruch. — R. 10. Ein derartiger Stoff ist und nicht bekannt. Garnisondienstverwendungsfähig, Innendienst. Sie müssen erst die Erlaubnis vom Erfinder der Masse einholen. — R. 7. Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich. Im Norden zahlreiche, im Süden mehr vereinzelte Regenschauer. Strichweise Gewitter. Temperaturen meist wenig verändert.